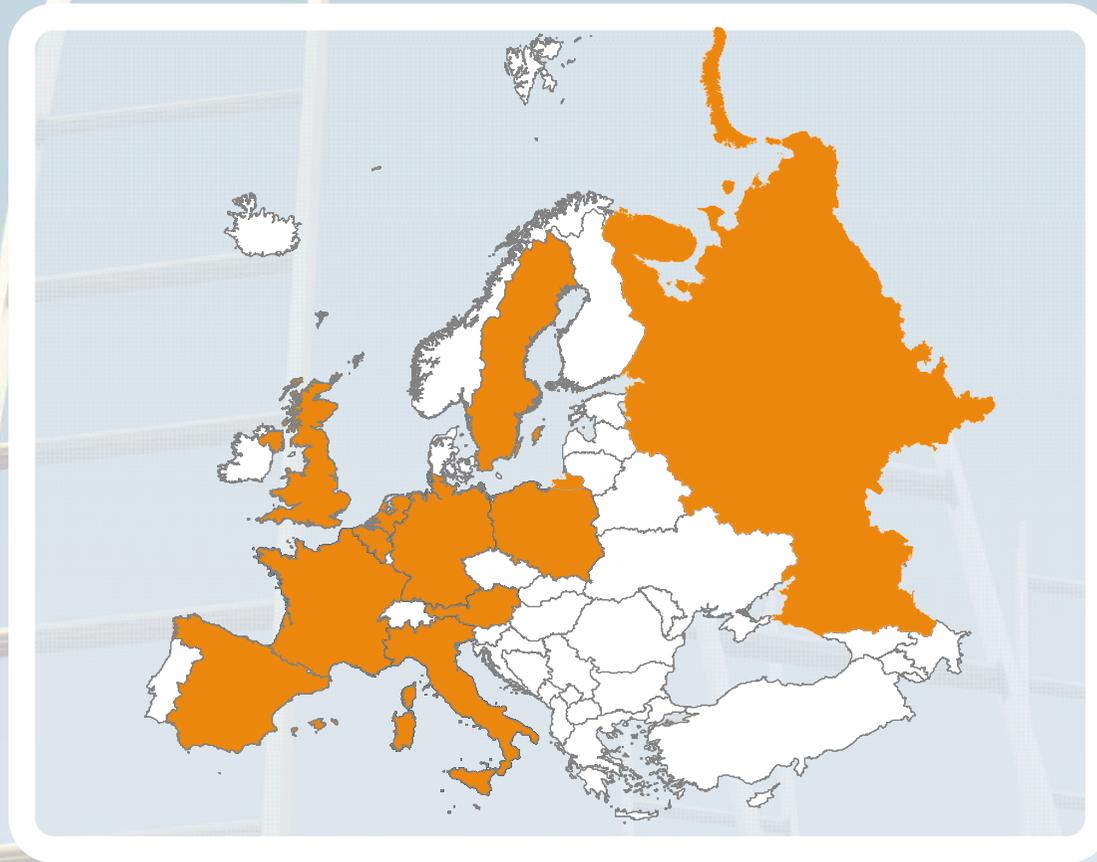


# Challenges of Europe 2010





Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Dr. Raimund Wildner

GfK Verein  
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg  
Tel.: (0911)395-2231 und 2368 – Fax: (0911)395-2715

E-mail: [info@gfk-verein.org](mailto:info@gfk-verein.org)  
Internet: <http://www.gfk-verein.org>

# Challenges of Europe 2010

GfK Marktforschung:  
Birgit Müller  
Elke Nagel

GfK Verein:  
Ronald Frank

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Die Herausforderungen in Europa</b>	<b>4</b>
<b>Die Besonderheiten der einzelnen Länder</b>	
Deutschland	14
Frankreich	27
Österreich	30
Großbritannien	33
Italien	36
Belgien	39
Niederlande	42
Russland	45
Polen	48
Spanien	51
Schweden	54
Wirtschaftsindikatoren im Überblick	57

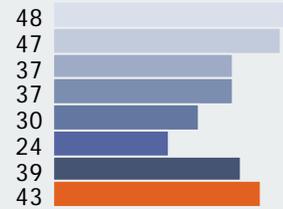


# Die Herausforderungen der Europäer - Top 10



Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

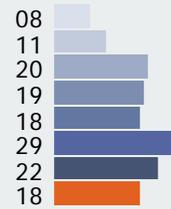
## Arbeitslosigkeit



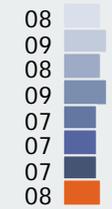
## Renten/ Altersversorgung



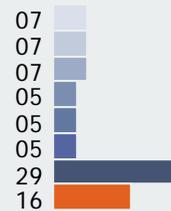
## Preis-/Kaufkraft- entwicklung



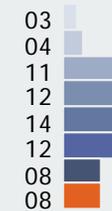
## Politik/Regierung



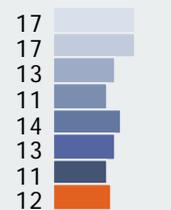
## Wirtschaftliche Stabilität



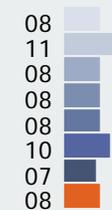
## Wohnungsproblem/ Mieten



## Kriminalität



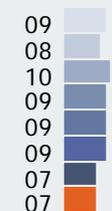
## Zuwanderung/ Integration



## Gesundheitswesen



## Bildungspolitik



\*ab 2005 inkl. Russland;  
 \*\*ab 2006 inkl. Belgien;  
 \*\*\*ab 2010 inkl. Schweden



# Die Top-10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich



(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

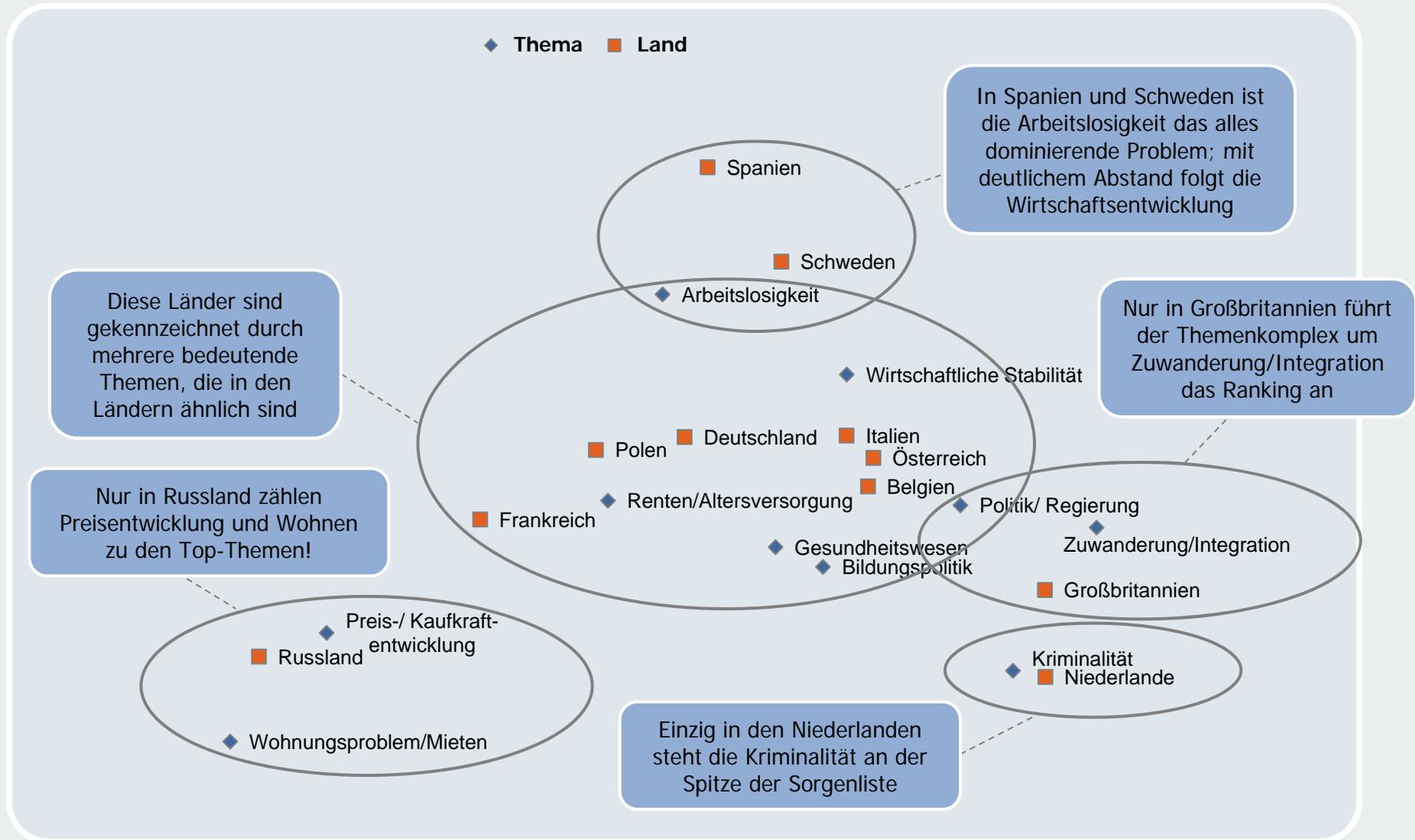
	Gesamt	Deutschland	Frankreich	Österreich	Großbritannien	Italien	Belgien	Niederlande	Russland	Polen	Spanien	Schweden
Arbeitslosigkeit	43	66	56	43	16	54	35	8	27	43	74	36
Preis-/Kaufkraftentwicklung	18	24	26	9	3	9	9	3	33	16	2	2
Wirtschaftliche Stabilität	16	26	9	19	21	17	13	12	11	5	31	12
Kriminalität	12	15	16	12	19	22	18	24	4	4	3	2
Gesundheitswesen	11	21	5	9	10	11	3	12	7	26	1	6
Renten/Altersversorgung	9	19	13	16	2	7	10	2	9	6	3	3
Politik/ Regierung	8	10	3	11	17	16	10	8	1	13	8	2
Wohnungsproblem/ Mieten	8	1	13	2	5	2	2	2	19	2	3	0
Zuwanderung/Integration	8	8	4	28	25	13	18	9	1	-	3	7
Bildungspolitik	7	14	6	9	11	4	2	8	7	3	2	6



# Die Top-10-Herausforderungen der Europäer im Vergleich – grafische Darstellung



(Mapping berechnet auf Basis einer Korrespondenzanalyse)

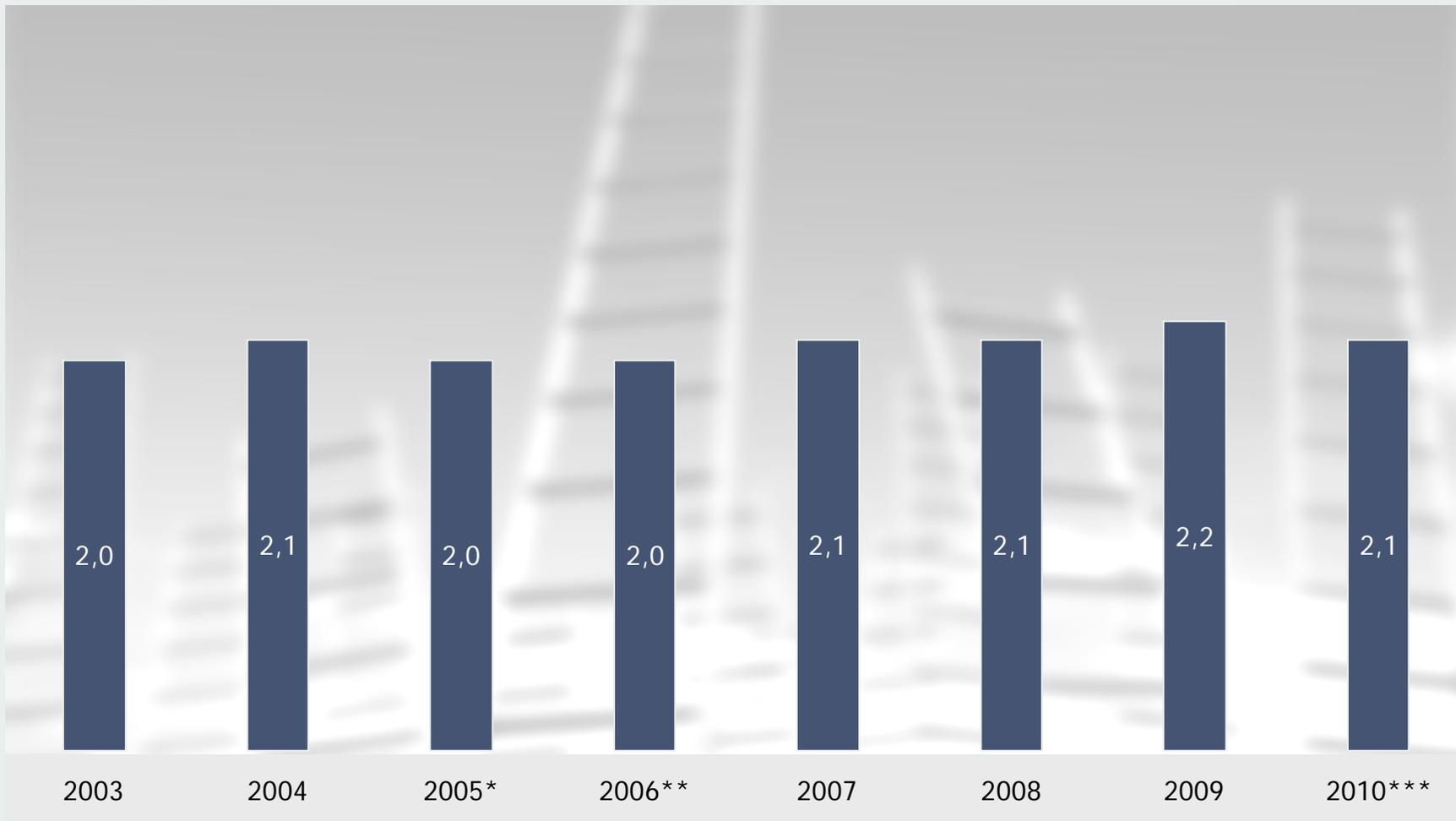




# Problemvielfalt in Europa



Anzahl der genannten Probleme pro Person; Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet



\*2005 inkl. Russland; \*\*ab 2006 inkl. Belgien; \*\*\*ab 2010 inkl. Schweden



# Problemvielfalt im europäischen Vergleich



Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land



2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010

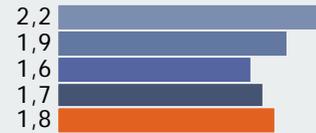


# Problemvielfalt im europäischen Vergleich



Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land

Belgien



Niederlande



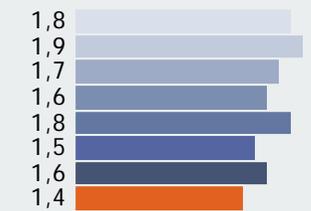
Russland



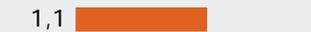
Polen



Spanien



Schweden

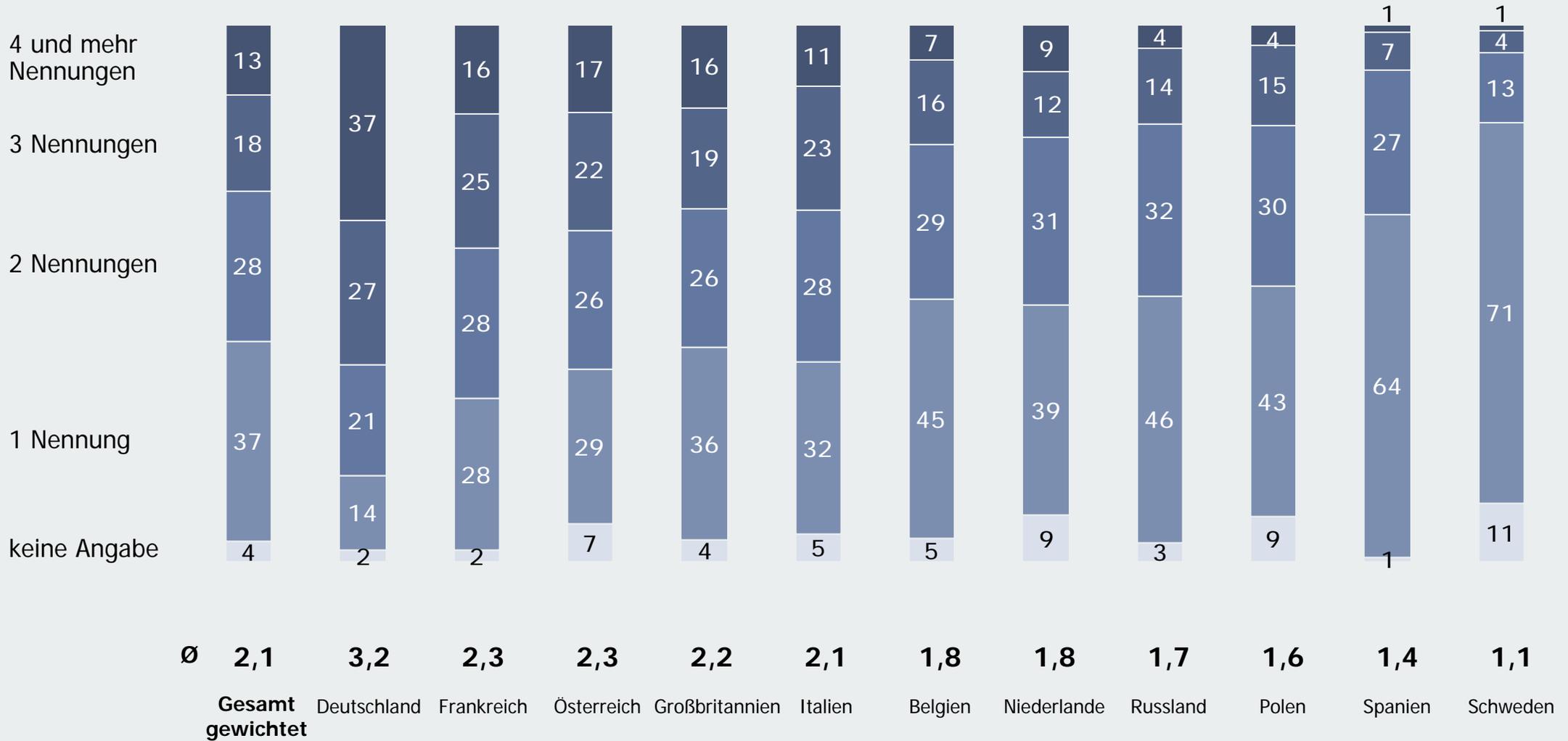




# Anzahl der Nennungen im europäischen Vergleich



Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %





## Europa – zentrale Ergebnisse (1)



- Die Untersuchung „Challenges of Europe“ vergrößert in diesem Jahr zum insgesamt fünften Mal ihr **Untersuchungsgebiet**, seit 2010 gehört nun auch **Schweden** zu den untersuchten Nationen. Mit diesem wichtigen skandinavischen Land wird nun auch Skandinavien abgedeckt. Weiterhin wird die Studie in Deutschland, Frankreich, Österreich, Großbritannien, Italien, Belgien, den Niederlanden, Russland, Polen und in Spanien durchgeführt.
- Stellvertretend für Europa wurden in diesem Jahr ca. 13.200 Bürgerinnen und Bürger befragt. Ihre Antworten repräsentieren die gesellschaftlichen und politischen Sorgen von gut 450 Millionen Menschen. Um eine **gesamteuropäische Betrachtung** zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse der einzelnen Länder nach dem jeweiligen Anteil der Bevölkerung gewichtet zusammengefasst.
- Neuer und alter Spitzenreiter auf der europäischen Agenda ist die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. In diesem Jahr zeigen sich 43% der Europäer beunruhigt, das sind noch einmal 4 Prozentpunkte mehr als 2009. Damals war die Besorgnis nach dem historischen Tiefstand von 2008 bereits um 15 Prozentpunkte gestiegen. Als besonders gravierend wird das Problem in Spanien wahrgenommen, hier machen sich drei Viertel der Bürger Gedanken über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. In Deutschland sind zwei Drittel über einen Mangel an Arbeitsplätzen besorgt, in Frankreich gut die Hälfte der Menschen. In Österreich und Polen bewerten wie im europäischen Durchschnitt knapp mehr als vier von zehn Bürger die Arbeitsmarktlage als verbesserungswürdig und in Schweden und Belgien sagt dies jeweils gut ein Drittel der Bürger. Großbritannien und die Niederlande bilden die Schlusslichter mit 16% bzw. 8% bei der Sorge um die Arbeitsplätze.
- Trotz eines leichten Rückgangs von 22% auf 18% hat sich die Sorge um die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** auf Platz 2 geschoben, nach Platz 3 im Vorjahr. In Russland wird der Themenkomplex um die Inflation mit 33% als besonders dramatisch eingestuft. In Frankreich und Deutschland ist jeweils etwa ein Viertel über die schwindende Kaufkraft beunruhigt und in Polen sehen 16% der Bürger hier Handlungsbedarf. Mit jeweils 2% besorgten Bürgern in Spanien und Schweden und je 3% in Großbritannien und den Niederlanden nimmt dieses Thema in diesen vier Ländern derzeit dagegen wenig Raum in den Köpfen der Bürger ein.



## Europa – zentrale Ergebnisse (2)



- Eine entschärfte Situation zeigt sich auch bei der Sorge um die **wirtschaftliche Entwicklung**, die nach Platz 2 im Vorjahr jetzt Platz 3 belegt. Nachdem die Besorgnis im letzten Jahr von 5% auf 29% sprunghaft angestiegen ist, sind aktuell nur noch 16% der Europäer beunruhigt über die Konjunktur. Doch in Spanien mit 31%, in Deutschland mit 26% und in Großbritannien machen sich gegenwärtig immer noch viele Bürger Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft.
- Weiterhin auf Platz 4 liegt die Besorgnis über die **Kriminalität**, die lediglich um einen Prozentpunkt auf nun 12% zunimmt. Vor allem Niederländer und Italiener fordern mit 24% bzw. 22% eine stärkere Bekämpfung der Kriminalität. In Großbritannien (19%), Belgien (18%), Frankreich (16%) und Deutschland (15%) spielt dieses Thema ebenfalls eine überdurchschnittliche Rolle in der öffentlichen Meinung.
- Wieder an Brisanz gewonnen hat die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Mit einem Plus von 4 Prozentpunkten ist diese Aufgabe im Ranking zwei Plätze aufgerückt und befindet sich nun mit aktuell 11% auf Platz 5. Vor allem die Polen sind unzufrieden mit der gesundheitlichen Versorgung (26%), doch auch Deutsche mit 21% sehen hier Handlungsbedarf. Fast keine Sorgen darüber machen sich hingegen Belgier und Spanier (3% bzw. 1%).
- Die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** belegt in diesem Jahr mit 9% Rang 6 (+ 1 Prozentpunkt). Besonders in Deutschland und Österreich wünschen sich die Bürger eine Verbesserung der Alterssicherung, hier sind 19% bzw. 16% besorgt. Doch auch für 13% der Franzosen stellt die Versorgung im Alter ein bedeutsames Thema dar.
- Auf die Themen, die 2010 die Plätze 7 bis 9 belegen, entfallen jeweils 8% der Nennungen. Die Unterschiede in der Rangfolge sind daher allenfalls graduell und dürfen nicht überinterpretiert werden: Stabil bleibt dabei das Thema **Politik** und **Regierung**, das mit 8% in diesem Jahr Rang 7 belegt (2009: Rang 8 mit 7%). Als besonders unzufrieden erweisen sich die Briten (17%) und die Italiener (16%). Aber auch die Polen, Österreicher, Belgier und die Deutschen äußern mit Werten im zweistelligen Bereich Kritik an der Politik.



## Europa – zentrale Ergebnisse (3)



- Unverändert entfallen 8% auf den Themenkomplex **Wohnungen** und **Mieten**, das bedeutet allerdings Rang 8 in diesem Jahr nach Platz 6 in 2009. Jeder fünfte Russe und gut jeder achte Franzose ist über einen Mangel an adäquatem Wohnraum besorgt. Gar kein Problem scheint dagegen die Wohnsituation in Schweden darzustellen.
- Mit 8% verbleibt die Sorge um die **Zuwanderung und die Integration** auf Rang 9 (+ 1 Prozentpunkt). Österreich führt mit 28% bei dieser Angelegenheit das Ranking an, dicht gefolgt von Großbritannien mit 25%. Doch auch Belgier (18%) und Italiener (13%) empfinden die derzeitige Situation als verbesserungswürdig.
- Das Schlusslicht der Top-Ten-Herausforderungen bildet wie bereits im letzten Jahr die Kritik an der **Bildungspolitik**, die bei 7% stagniert. Nur den Deutschen (14%) und den Briten (11%) brennt die Forderung nach Änderungen im Bildungssystem dabei stärker unter den Nägeln.
- Die einzelnen Nationen differieren nicht nur hinsichtlich der Wahrnehmung der Themen, sondern auch in der **Problemvielfalt**, also in der Anzahl der aufgeführten Probleme, die sie in ihrem jeweiligen Land als wichtig erachten. Länderübergreifend wurden von jedem Befragten durchschnittlich 2,1 Probleme thematisiert. Die **Deutschen** erweisen sich 2010 erneut als die kritischsten Europäer mit durchschnittlich 3,2 genannten Themen pro Bürger. Frankreich und Österreich liegen mit jeweils 2,3 Nennungen pro Person dahinter. Das neu hinzugekommene **Schweden** weist mit Abstand die geringste Anzahl an geäußerten Sorgen pro Befragtem auf (1,1).
- Auffallend ist in fast allen Ländern der **Zusammenhang** zwischen der wahrgenommenen Problemvielfalt und dem **Bildungsniveau**: Personen mit hoher Schulbildung (mindestens Abitur) führen im Schnitt mehr Probleme an als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau. In Großbritannien ist der Unterschied zwischen beiden Gruppen dabei besonders groß (2,3 vs. 1,7 Nennungen). Nur in den drei Ländern Deutschland, Spanien und Schweden sieht es anders aus: Während in Deutschland Personen mit mittlerem Bildungsabschluss die höchste Problemvielfalt erkennen lassen, zeigen sich Spanier und Schweden unabhängig vom Bildungsniveau nahezu identisch in der Anzahl der genannten Probleme.



# Die Herausforderungen in Deutschland 1990-2010



... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitslosigkeit	36	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66
Wirtschaftliche Stabilität	7	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24
Gesundheitswesen	-	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21
Renten/Altersversorgung	6	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19
Soziale Sicherung	5	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17
Kriminalität	1	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14
Staatsfinanzen	3	7	7	8	5	6	7	9	10	8	3	5	3	8	5	3	6	7	2	9	12
Politik/Regierung	2	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10
Steuerpolitik	2	4	3	3	3	4	5	7	4	4	7	5	7	6	5	5	6	9	11	7	10
Umweltschutz	29	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10
Jugendarbeitslosigkeit	-	1	1	2	2	4	4	7	11	11	10	7	7	6	10	6	8	11	9	7	9
Zuwanderung/Integration	6	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7
Basis:	3986	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063

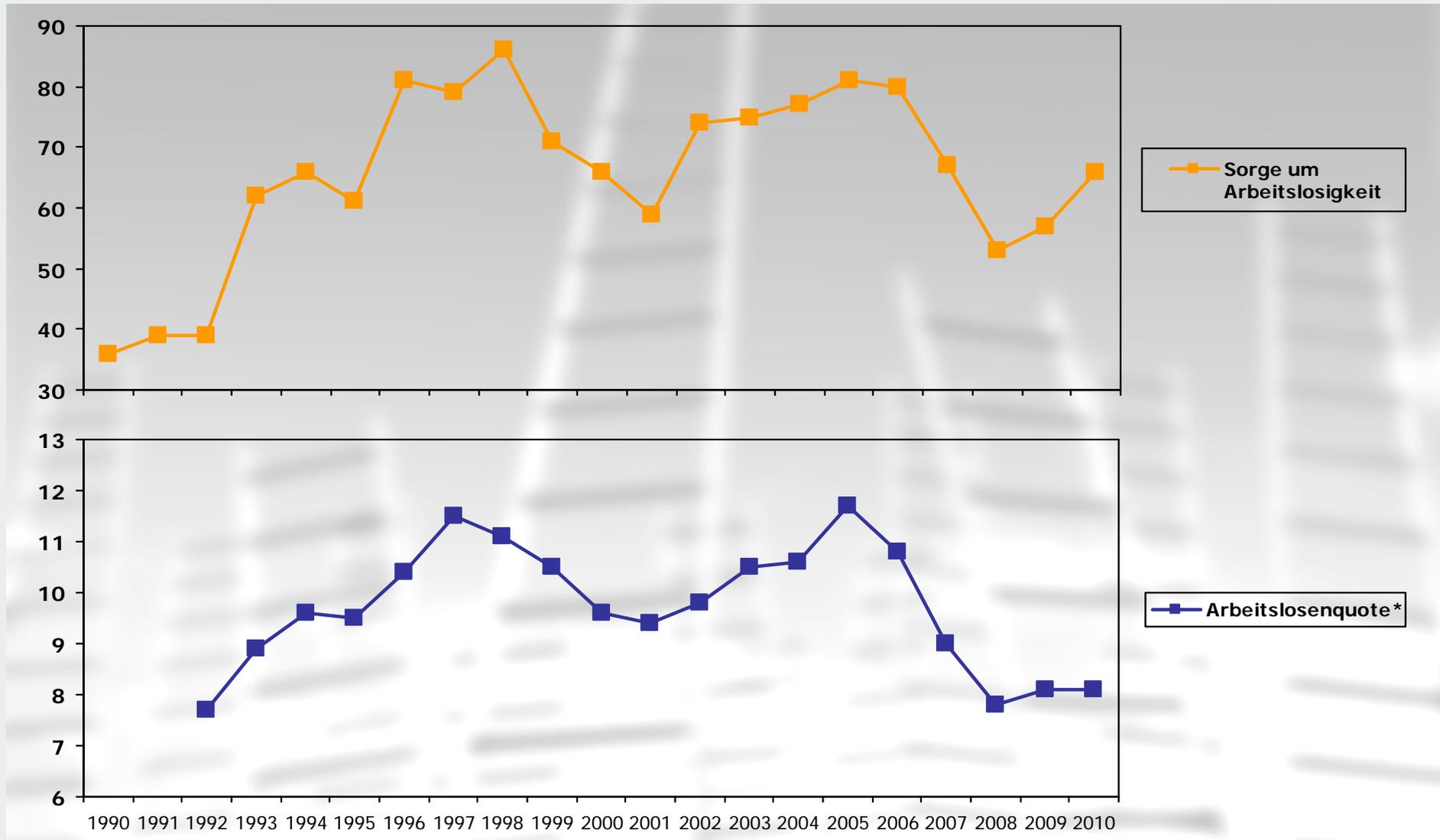
\* Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Arbeitslosigkeit in Deutschland 1990-2010, Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote



... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringlichste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



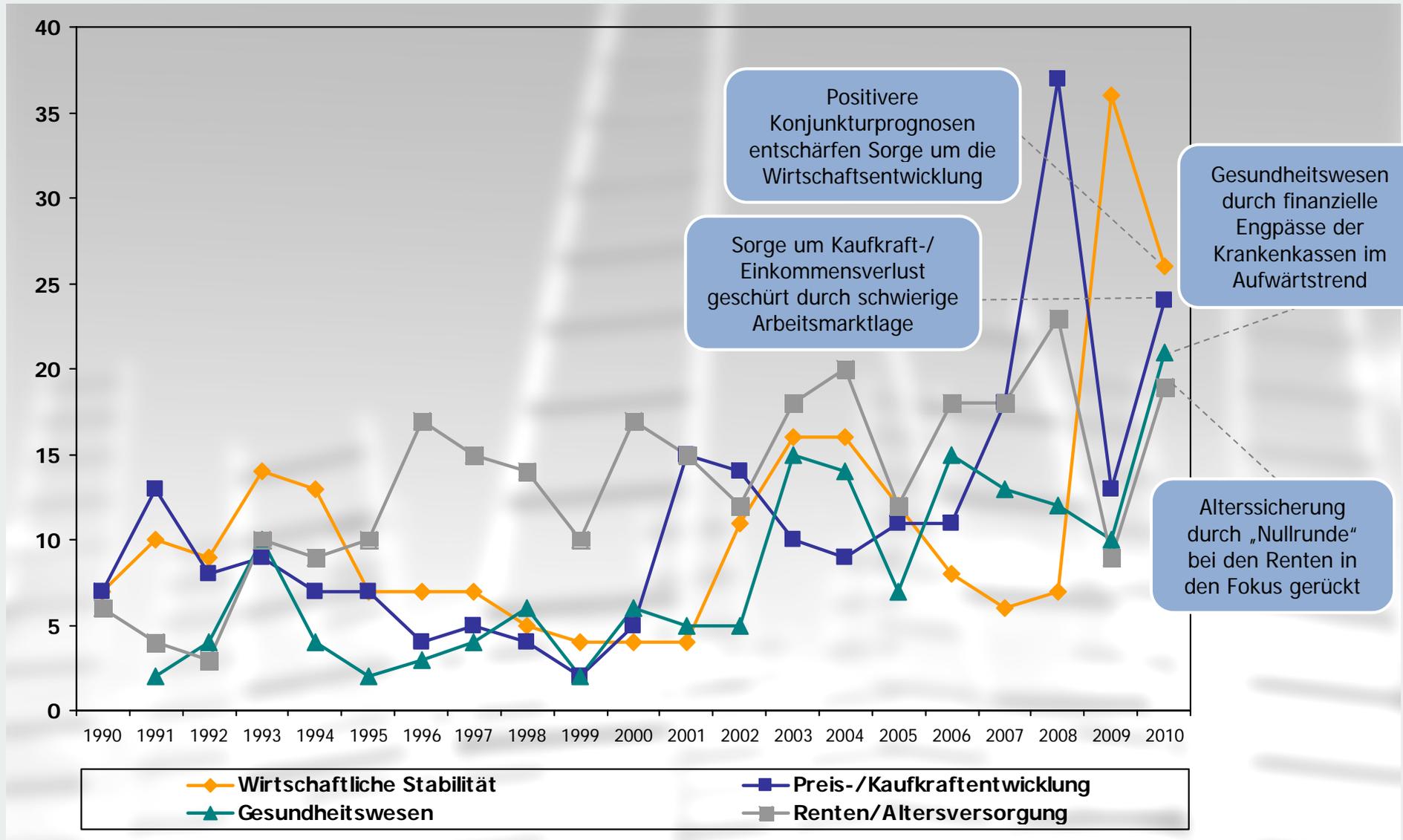
\*Arbeitslose in % der zivilen Erwerbsspersonen, saisonbereinigt, Quelle: Deutsche Bundesbank



# Die Herausforderungen in Deutschland 1990-2010, Platz 2 bis 5



... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)





# Die Herausforderungen in Deutschland

## Alte Bundesländer 1990-2010



... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitslosigkeit	31	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64
Wirtschaftliche Stabilität	-	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27
Preis-/Kaufkraftentwicklung	5	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22
Gesundheitswesen	-	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21
Renten/Altersversorgung	6	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19
Soziale Sicherung	2	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17
Kriminalität	1	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14
Staatsfinanzen	3	8	8	10	6	7	8	10	11	9	3	5	4	8	6	3	6	7	2	10	13
Steuerpolitik	2	5	3	4	3	4	5	8	5	4	8	6	7	7	5	5	7	9	11	7	11
Umweltschutz	32	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11
Politik/Regierung	1	1	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10
Zuwanderung/Integration	7	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9
Jugendarbeitslosigkeit	-	-	1	1	1	3	3	6	10	9	9	5	5	5	10	5	8	11	9	7	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7
Basis:	2037	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669

\* Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Die Herausforderungen in Deutschland Neue Bundesländer 1990-2010



... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitslosigkeit	55	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73
Preis-/Kaufkraftentwicklung	17	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31
wirtschaftliche Stabilität	33	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22
Gesundheitswesen	-	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21
Soziale Sicherung	15	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17
Renten/Altersversorgung	6	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17
Kriminalität	2	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15
Bildungspolitik	3	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13
Politik/Regierung	6	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12
Staatsfinanzen	1	1	1	2	1	1	3	3	6	6	1	3	2	6	3	1	5	4	3	8	10
Jugendarbeitslosigkeit	-	2	2	5	5	7	9	13	16	16	16	13	12	8	13	7	10	11	12	5	8
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8
Steuerpolitik	0	1	1	1	1	2	3	4	2	3	3	4	4	2	3	3	3	5	8	5	7
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6
Umweltschutz	16	9	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6
Basis:	1949	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394

\* Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Die Herausforderungen in Deutschland Nach Lebenswelten 2010



... % der Befragten nannten als dringlichste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

freie Antworten	Gesamt	Studierende/ in Ausbildung Befindliche	Gehobene soziale Schichten	Mittlere soziale Schichten	Einfache Lebenslage	Ältere Männer und Frauen im Ruhestand
Arbeitslosigkeit	66	58	63	71	73	63
Wirtschaftliche Stabilität	26	16	36	25	23	25
Preis-/Kaufkraftentwicklung	24	21	22	28	28	20
Gesundheitswesen	21	7	21	21	20	26
Renten/Altersversorgung	19	5	16	16	18	29
Soziale Sicherung	17	17	17	14	17	20
Kriminalität	15	14	14	15	14	16
Bildungspolitik	14	25	16	11	13	10
Staatsfinanzen	12	9	12	14	11	12
Politik/Regierung	10	4	10	11	10	13
Steuerpolitik	10	4	15	12	8	8
Umweltschutz	10	15	7	11	13	9
Jugendarbeitslosigkeit	9	23	8	6	10	6
Zuwanderung/Integration	8	9	10	8	9	7
Familienpolitik	7	4	8	7	11	5
Basis:	2063	228	447	560	271	557

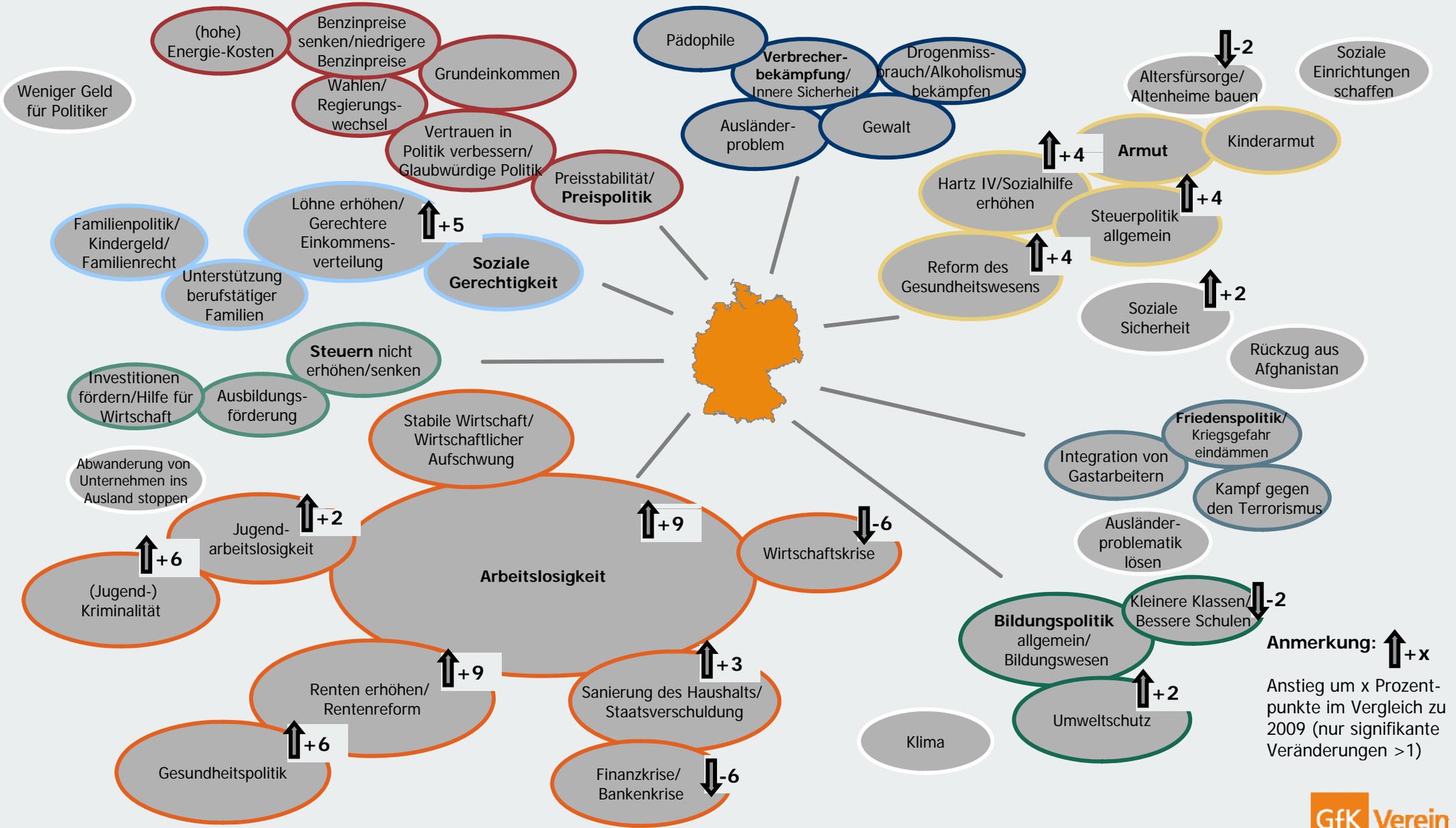


# Die Herausforderungen in Deutschland 2010

## Analyse des „Semantischen Netzes“



(alle Nennungen mit mehr als 1,5%)



**Anmerkung:** ↑+x  
Anstieg um x Prozentpunkte im Vergleich zu 2009 (nur signifikante Veränderungen >1)



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (1)



- Das Thema **Arbeitslosigkeit** dominiert wie schon im Vorjahr die Sorgen der Deutschen. Mit einem Anstieg um 9 Prozentpunkte zeigen sich 2010 zwei Drittel der Bürger besorgt über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Tatsächlich hat im Zuge der Rezession auch die Arbeitslosigkeit zugenommen. Nach 7,3% im ersten Quartal 2009 kletterte die Arbeitslosenquote laut OECD in den letzten zwei Quartalen auf 7,6% bzw. 7,5%. Im Januar 2010 wurden ebenfalls 7,5% gemessen. Doch fällt der Anstieg damit geringer aus als zuvor befürchtet (2008: 7,3%). Vor allem der Abbau von Überstunden und der Einsatz von Kurzarbeit konnten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abfedern. Die wachsende Beunruhigung liegt also vermutlich eher daran, dass Deutschland in eine unsichere Zukunft blickt, für die Prognosen schwer zu treffen sind. So erwarteten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2009 noch einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 5 Mio. bis Ende 2010. Im Frühsommer 2010 sind aber nur rund 3,6 Mio. Erwerbslose in Deutschland gemeldet – und in ihrem aktuellen Gutachten rechnen die Institute sogar mit sinkenden Arbeitslosenzahlen. Anderen Quellen zufolge haben die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Entlassungen aber lediglich verzögert. Laut DIW könnten durch die wieder steigende Arbeitsproduktivität in diesem Jahr ca. 400.000 Arbeitsplätze wegfallen. Auch beim Thema **Jugendarbeitslosigkeit** äußern sich die Deutschen wieder stärker beunruhigt. Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen liegt ohnehin höher als beim Bevölkerungsdurchschnitt und sie ist infolge der Finanzkrise noch einmal gestiegen: Laut Eurostat von 9,9% in 2008 auf 10,3% im Jahr 2009.
- Nach einem explosionsartigen Anstieg im letzten Jahr ist die Sorge um die **wirtschaftliche Entwicklung** wieder um 10 Prozentpunkte zurückgegangen, belegt mit 26% aber immer noch Platz 2 des Rankings. Mit einem Minus von 5% des Bruttoinlandsprodukts erlebte die deutsche Wirtschaft 2009 den stärksten Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik. Ende des Jahres 2009 wirkten sich der Rückgang des Exports, das Auslaufen der Abwrackprämie und ungünstige Wetterbedingungen dann noch einmal erheblich auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Für 2010 wird mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,4% eine leichte konjunkturelle Erholung prognostiziert.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (2)



- Obwohl die Wirtschaft wieder leicht anzieht, blicken die Deutschen nun besorgt auf die Folgen der Krise. Nach einem beachtlichen Zuwachs im Vorjahr hat die Sorge um die **Staatsfinanzen** weiter zugenommen. Derzeit sehen 12% der Deutschen eine wichtige Aufgabe in der Konsolidierung der Staatsfinanzen, das bedeutet den höchsten Wert seit 1990 und Platz 9 der Agenda. Ebenfalls einen Negativrekord erreicht der von der Bundesregierung verabschiedete Haushalt für 2010, der Schulden in Höhe von 80,2 Milliarden Euro vorsieht – die höchste Neuverschuldung in der bundesdeutschen Geschichte. Damit liegt das Defizit mit 5,5% bereits zum dritten Mal über der im EU-Stabilitätspakt erlaubten Grenze von 3%. 2011 soll es zwar auf 4,5% reduziert werden, doch die Maastricht-Kriterien, die seit dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands wieder verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt sind, werden so erneut nicht eingehalten werden.
- Ebenfalls mehr Bürger als im letzten Jahr machen sich Gedanken über die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft**. Nachdem die Besorgnis im letzten Jahr von 37% auf 13% gesunken ist, sehen hier derzeit wieder 24% der Deutschen Handlungsbedarf. An der Inflationsrate allein kann es nicht liegen, denn diese lag 2009 im Jahresdurchschnitt mit 0,4% (OECD) so tief wie seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr. Zwar beschleunigte sich der Preisanstieg zu Beginn dieses Jahres, hauptsächlich aufgrund steigender Energiekosten, und auch für 2010 gehen Experten von einer moderaten Teuerungsrate von einem knappen Prozent aus. Allerdings sind die Auswirkungen der Konjunkturpakete und auch der Situation in Griechenland auf die Stabilität des Euro nur schwer abzuschätzen. Darüber hinaus werden die voraussichtlich geringen Einkommenszuwächse in diesem Jahr vermutlich komplett durch die Preissteigerung aufgezehrt werden.
- Mehr als verdoppelt hat sich die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Mit 21% zeigten sich noch nie so viele Deutsche beunruhigt über die Versorgung im Krankheitsfall. Damit landet das Thema in diesem Jahr auf Platz 4 des Sorgenrankings. Tatsächlich rückt die Reformbedürftigkeit des deutschen Gesundheitssystems angesichts von Milliardendefiziten der gesetzlichen Krankenkassen und erstmals erhobener Zusatzbeiträge immer stärker in den öffentlichen Diskurs. Die geplante Gesundheitsreform sorgt für Spannungen in der Regierungskoalition. Es bleibt abzuwarten, ob es im Streit um eine einkommensunabhängige Kopfpauschale zu einer Einigung kommt – und ob damit die Finanzierung des Gesundheitswesens langfristig gesichert werden kann.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse (3)



- Platz 5 belegt in diesem Jahr die Sorge um die **Renten** bzw. **Altersversorgung**. Mit einem Anstieg von 9% auf 19% hat diese Thematik stark an Brisanz gewonnen. Die Rentner werden 2010 auch direkt von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen: Während die Altersbezüge im Vorjahr noch um fast 2,5% gestiegen sind, müssen sich die Senioren in diesem Jahr auf eine „Nullrunde“ einstellen. Aufgrund der schwachen Lohnentwicklung im Vorjahr müssten die Renten in diesem Jahr sogar sinken, was jedoch durch das Rentensicherungsgesetz, das Kürzungen der Altersbezüge ausschließt, verhindert wird. Trotz einer moderaten Inflationsrate von voraussichtlich knapp ein Prozent werden die Rentner folglich real weniger Geld in der Tasche haben.
- Der Themenkomplex der **sozialen Sicherung** belegt Rang 6 der Sorgenliste. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit um 4 Prozentpunkte auf 17% gestiegen, der bislang höchste Wert. Höhere Arbeitslosigkeit sowie die Kurzarbeit werden 2010 zu Rekordausgaben in diesem Bereich führen und damit die Verschuldung Deutschlands erhöhen. Zudem wurden die Hartz IV-Regelsätze für Kinder und Erwachsene vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt. Schließlich ist die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung – und hier vor allem die Dämpfung der explodierenden Kosten – in den Augen der Bürger bei weitem noch nicht geklärt.
- Auch das Thema **Kriminalität** beschäftigt die Deutschen wieder mehr. Nach einem Rückgang im Vorjahr ist der Wunsch nach verstärkter Verbrechensbekämpfung um 7 Prozentpunkte auf 15% gestiegen und belegt damit Platz 7. Sicherlich hängt die Besorgnis auch von der Berichterstattung über Kriminalität in den Medien ab, die in diesem Jahr von Straftaten im Zusammenhang mit Jugendlichen sowohl als Opfer als auch als Täter dominiert wurde. Zu nennen sind hier die Missbrauchsfälle beispielsweise in Einrichtungen der katholischen Kirche einerseits und spektakuläre Fälle wie der Amoklauf von Winnenden oder die U-Bahnschläger von München andererseits. Des Weiteren hat die Diskussion über den Ankauf der sogenannten „Steuersünder CD's“ das Thema Steuerkriminalität stärker in den öffentlichen Diskurs gerückt. Aber auch die **Steuerpolitik** selbst steht vermehrt in der Kritik: Nach 7% im letzten Jahr fordern nun 10% der Deutschen Reformen, das bedeutet Rang 11 auf der Agenda.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse, alte und neue Bundesländer im Vergleich



- In beiden Teilen Deutschlands nimmt die **Arbeitslosigkeit** als größtes Problem eine zentrale Stellung ein. Dabei ist die Besorgnis in den neuen Bundesländern mit 73% größer als in den alten mit 64%. Die Bürger im Osten waren in jedem Jahr seit der Wiedervereinigung beunruhigter über die Arbeitsmarktsituation als die Bürger im Westen, was durch die dauerhaft höhere Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern erklärt werden kann. Der Anstieg der Besorgnis fällt aber in beiden Landesteilen nahezu gleich stark aus.
- Ränge 2 und 3 sind in West und Ost vertauscht: Auf dem zweiten Rang liegt im Osten die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** mit 31%, im Westen belegt dieses Thema nur Rang 3 mit 22%. Zwar nimmt die Beunruhigung über die Inflation in beiden Landesteilen zu, doch im Osten wesentlich stärker (+16) als im Westen (+9).
- In den alten Bundesländern liegt die **wirtschaftliche Entwicklung** auf Rang 2 mit 27%, in den neuen Ländern hält dieses Thema mit 22% Rang 3 inne. Damit zeigen sich auch in diesem Jahr die Bürger im Westen besorgter über die Konjunktur, es findet aber allmählich eine Annäherung der Besorgnis zwischen West und Ost statt.
- Exakt gleich beurteilen die Ost- und die Westdeutschen das **Gesundheitswesen**: Aktuell sind jeweils 21% der Bürger beunruhigt, das bedeutet für beide Landesteile Platz 4 im Sorgenranking. Und auch die Entwicklung zeigt in die gleiche Richtung, denn im Osten nimmt die Besorgnis um 9, im Westen um 11 Prozentpunkte zu.
- Ähnliche Einigkeit zeigt sich bei der Sorge um die **Altersversorgung** im Ost-/Westvergleich: In Westdeutschland befindet sich die Rentensicherung mit 19% auf Platz 5, in Ostdeutschland liegt dieses Thema mit 17% auf Platz 6. Die Tendenz ist in Ost und West gleichermaßen steigend (+8 bzw. +10).
- Ebenfalls angenähert hat sich das Niveau der **sozialen Sicherheit**, mit jeweils 17% liegt dieser Punkt im Osten auf Platz 5, im Westen auf dem sechsten Rang. Doch während im Osten die Besorgnis nahezu stabil geblieben ist, zeigen sich die Bürger im Westen beunruhigter als im letzten Jahr (+5).



## Deutschland – zentrale Ergebnisse, nach Lebenswelten



- Betrachtet nach Lebenswelten zeigen sich zwar naturgemäß bedeutende Unterschiede bei der Wahrnehmung der Themen, doch bei manchen Problemen sind sich die Deutschen über alle Lebenswelten hinweg einig.
- So beschäftigt die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** die Befragten aller Lebenswelten sehr stark. Die Bürger in der einfachen Lebenslage und der mittleren sozialen Schichten sind am stärksten beunruhigt. Doch zeigen sich die Rentner, die von der Lage auf dem Arbeitsmarktlage selbst nicht mehr betroffen sind, nur etwas weniger besorgt als der Durchschnitt.
- Alarmierter als die übrigen Gruppen zeigen sich die Bürger in einfacher Lebenslage und die mittleren Schichten bei der **Preis- und Kaufkraftentwicklung**.
- Gedanken über die **wirtschaftliche Stabilität** des Landes machen sich vor allem die gehobenen sozialen Schichten, bei denen dieses Thema auf Platz 2 der Sorgenliste rangiert. Als vergleichsweise unberührt erweisen sich hier (noch) die Jugendlichen und Studenten.
- Ruheständler kritisieren das **Gesundheitswesen** und die Sicherheit der **Renten/Altersversorgung** wesentlich heftiger als die anderen Gruppen. Die Befragten in Ausbildung sehen auch diese beiden Themen gegenwärtig noch etwas gelassener.
- Einigkeit besteht weitgehend bei der **sozialen Sicherung** und beim Thema **Kriminalität**: Hierbei erweisen sich alle Lebenswelten als nahezu gleich besorgt.



## Deutschland – zentrale Ergebnisse, Semantisches Netz



- Für die deutschen Ergebnisse wird wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. Auf dem Chart lassen sich vier verschiedene Informationen ablesen:
  - Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Code genannt wurde.
  - Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nah an der Mitte liegt, wurde dieses Thema häufig zuerst genannt.
  - Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die überlappen/zusammengehören, wurden häufig zusammen genannt – sie bilden also eine gemeinsame „Sorgenwelt“.
  - Ein Pfeil nach oben oder unten gibt bei manchen Themen an, ob ein Thema signifikant gestiegen oder gesunken ist.
- In Deutschland lassen sich aktuell fünf größere und drei kleinere Sorgenwelten identifizieren. Die mit Abstand größte und damit bedeutendste befindet sich links unten und lässt sich am ehesten unter dem Begriff Wirtschaft und Arbeitsmarkt zusammenfassen. Sie besteht vornehmlich aus Einzelnennungen, die – mit Ausnahme der auf die Krise sich beziehenden Begriffe – im Vergleich zum Vorjahr signifikant gestiegen sind.
- Als weiteres der fünf großen Cluster befindet sich links oben eines, das sich mit dem Thema Preise beschäftigt, aber auch um den Komplex Politik und Regierung kreist. Oben in der Mitte ist ein Cluster platziert, das sehr stark vom Thema Kriminalität und deren vermeintlichen Ursachen geprägt ist. Die Sorgenwelt rechts oben beleuchtet vor allem soziale Gesichtspunkte wie Armut und Gesundheit. Ein Cluster auf der linken Seite in der Mitte geht in eine ähnliche Richtung, zielt allerdings mehr auf soziale Gerechtigkeit und Familienpolitik ab.
- Eines der drei kleineren Cluster gleich darunter ist auf Investitionen und Steuersenkung ausgerichtet. Bei der Gruppe von Begriffen rechts unten stehen die Themen Bildung und Umweltschutz im Vordergrund. Ein neues Cluster direkt darüber lässt sich unter dem Begriff der Friedenspolitik subsumieren, wozu neben der Bekämpfung des Terrorismus auch die Integration von Ausländern gezählt werden kann.

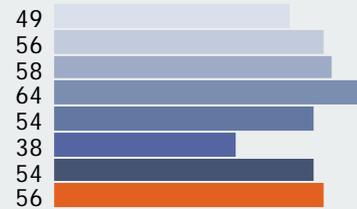


# Die Herausforderungen in Frankreich 2010

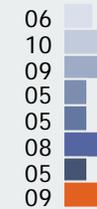


...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

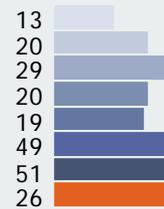
## Arbeitslosigkeit



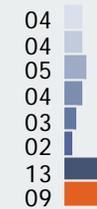
## Armut



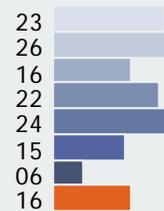
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



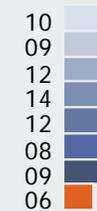
## Wirtschaftliche Stabilität



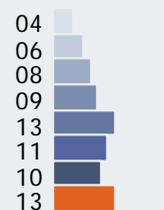
## Kriminalität



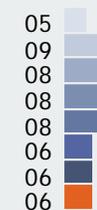
## Bildungspolitik



## Wohnungsproblem/Mieten



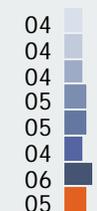
## Umweltschutz



## Renten/Altersversorgung



## Jugend- arbeitslosigkeit



Nachrichtlich:  
Gesundheitswesen: 5%  
(2009: 7%)

Basis 2010: 1.001 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Frankreich – zentrale Ergebnisse (1)



- Den Spitzenplatz der französischen Sorgenliste belegt wie bereits im letzten Jahr die **Arbeitslosigkeit**. Aktuell sind 56% der Franzosen beunruhigt, das sind noch einmal 2 Prozentpunkte mehr als 2009. Bereits letztes Jahr war die Besorgnis sprunghaft um 16% auf dieses hohe Niveau angestiegen. Zusätzlich zur allgemeinen Arbeitslosigkeit nennen 5% der Franzosen explizit die **Jugendarbeitslosigkeit**. Dieses Thema hält sich seit vielen Jahren auf konstantem 5%-Niveau. Die Entwicklung der offiziellen Arbeitslosenstatistik macht die große Besorgnis nur allzu verständlich: Die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen ist von 19,1% im Jahr 2008 auf 23,8% im letzten Jahr gestiegen. Insgesamt lag die Arbeitslosenquote nach Angaben der OECD im Jahr 2008 noch bei 7,9%, über das gesamte Jahr 2009 gerechnet waren es aber bereits 9,4%. Im Januar 2010 hat die Arbeitslosenquote dann die psychologisch wichtige 10%-Marke überschritten und somit den höchsten Wert seit 10 Jahren erreicht. Angesichts dieser Entwicklung wäre ein noch stärkerer Anstieg der Besorgnis über die Arbeitsmarktsituation zu erwarten gewesen.
- Das Ausbleiben eines starken Anstiegs der Sorgen über die Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte in den vergleichsweise positiven Aussichten für die Wirtschaft begründet sein. Die **wirtschaftliche Entwicklung** in Frankreich ist zwar nicht rosig, aber das Land ist weniger hart von der Wirtschaftskrise betroffen als viele andere europäische Länder. So ist die französische Wirtschaft laut Eurostat im letzten Jahr nur um etwa 2,2% geschrumpft und für 2010 wird wieder ein Wachstum von 1,2% prognostiziert. Somit überrascht es nicht, dass die Sorge um die wirtschaftliche Stabilität von 13% auf momentan 9% zurückgegangen ist.
- Deutliche Entspannung zeigt sich auch beim Thema **Preise und Kaufkraft**, das Platz 2 der Agenda belegt. Mit aktuell 26% hat sich die Besorgnis im Vergleich zu 2009 halbiert. Das liegt sicherlich an der sinkenden Inflationsrate, die laut OECD von 2,8% im Jahr 2008 auf 0,1% im letzten Jahr zurückgegangen ist. Hintergrund für die stabile Preisentwicklung im letzten Jahr waren in erster Linie sinkende Preise für Energie. Zudem wurden verschiedene Maßnahmen seitens der französischen Regierung zur Stärkung der Kaufkraft ergriffen: Geringverdienerhaushalte wurden steuerlich entlastet, die Mindestrenten erhöht und bedürftige Arbeitnehmer erhielten Einmalzahlungen. Die am 1. Juli 2009 eingeführte Absenkung der Mehrwertsteuer (TVA) in der Gastronomie von 19,6% auf nur noch 5,5% dürfte ebenfalls zu einer positiveren Einschätzung der Kaufkraft beigetragen haben.



## Frankreich – zentrale Ergebnisse (2)



- Ein Zuwachs von 6 auf 16% zeigt sich beim Thema **Kriminalität**, das sich – nach einem Einbruch in 2010 – wieder dem Niveau der Vorjahre annähert. Bei diesem Thema heizt die breite Darstellung von spektakulären Einzelfällen in den Medien die Stimmung auf – etwa im Dezember 2009, als ein 12-Jähriger in Lyon auf offener Straße erschossen wurde. Gerade in Frankreich ist die Beunruhigung über solche Vorfälle aufgrund immer wiederkehrender Ausschreitungen in den Banlieues (Vorstädten) sehr ausgeprägt. Im letzten Jahr dürfte die Sorge um die Kriminalität ein wenig von der Wirtschaftsentwicklung in den Hintergrund gedrängt worden sein.
- Die Unzufriedenheit mit der Wohnungssituation nimmt 2010 zu und steigt von 10% im letzten Jahr auf aktuell 13%. Damit liegt die Sorge über die **Wohnungssituation und die Mieten** im Ranking weiter auf Platz 4. Zwar sind die Mieten von 2008 auf 2009 erstmals seit zehn Jahren landesweit um 0,8 Prozent gesunken, doch gerade bei dem aktuell höheren Risiko eines Arbeitsplatzverlustes überdenken die Bürger einen Immobilienkauf noch intensiver. Dem versucht die Regierung bereits entgegenzuwirken, z.B. durch die Verdoppelung der Anzahl zinsloser Darlehen für Geringverdienerhaushalte. Ob diese Maßnahmen erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten.
- Eine wachsende Beunruhigung über die **Renten und die Altersversorgung** äußern ebenfalls 13% der Franzosen (+4%). Vermutlich werfen die im Befragungszeitraum angekündigten Verhandlungen über eine Rentenreform ihre Schatten voraus. Die Regierung befürwortet eine Anhebung des Renteneintrittsalters, das mit derzeit 60 Jahren im europäischen Vergleich eher niedrig ist. Laut Medienberichten lehnen die meisten Gewerkschaften und die Mehrheit der Franzosen eine solche Erhöhung aber ab.
- Die **Armut** wird hingegen verstärkt als Problem wahrgenommen. Derzeit machen sich 9% der Franzosen Gedanken, 2009 waren es nur 5%. Der im Februar 2010 vom Observatoire national de la pauvreté et de l'exclusion sociale (ONPES) veröffentlichte Armutsbericht bestätigt diese Wahrnehmung. Zwar bleibt der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen stabil bei 13% - und damit im EU-Vergleich unterdurchschnittlich - verschärft hat sich aber die Lage bei den sehr Armen: Der Anteil derjenigen, die mit nur 40% des Durchschnittseinkommens auskommen müssen, ist von 2,1% in 1998 auf 3,1% in 2007 gestiegen. Und es ist wahrscheinlich, dass dieser Anteil aufgrund der Wirtschaftskrise noch wachsen wird.

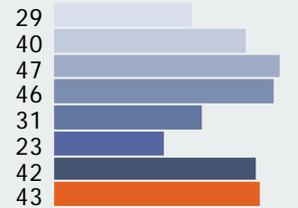


# Die Herausforderungen in Österreich 2010

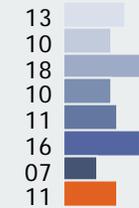


...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

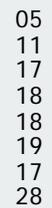
## Arbeitslosigkeit



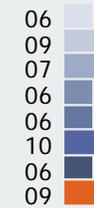
## Politik/Regierung



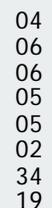
## Zuwanderung/ Integration



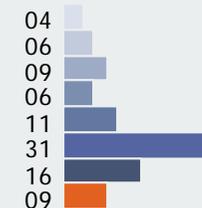
## Gesundheitswesen



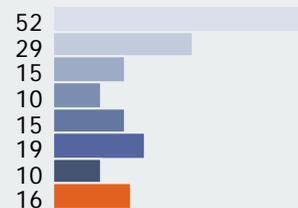
## Wirtschaftliche Stabilität



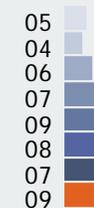
## Preis-/ Kaufkraftentwicklung



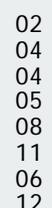
## Renten/ Altersversorgung



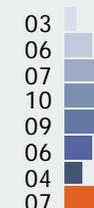
## Bildungspolitik



## Kriminalität



## Jugend- arbeitslosigkeit



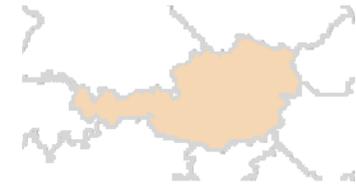
Nachrichtlich:  
Umweltschutz: 7%  
(2009: 10%)

Basis 2010: 1.000 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Österreich – zentrale Ergebnisse (1)



- Das Thema **Arbeitslosigkeit** steht mit aktuell 43% nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr auf Rang 1 der österreichischen Sorgenagenda. Nach starken Rückgängen der Besorgnis in den Jahren 2007 und 2008 auf 31% bzw. 23% blicken die Österreicher seit letztem Jahr wieder sorgenvoller auf das Thema. Sicherlich ist die wachsende Beunruhigung auch eng verknüpft mit der schweren Wirtschaftskrise, die sich in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlägt: Lag die Arbeitslosenquote 2008 nach Angaben der OECD noch bei einem historischen Tiefstand von 3,9%, so kletterte die Quote im letzten Quartal 2009 sogar auf 5,5%. Für den Jahresbeginn 2010 zeigt sich aber mit einer Arbeitslosenquote von 5,3% bereits eine leichte Besserung am Arbeitsmarkt.
- Mit einem rasanten Zuwachs um 11 Prozentpunkte hat sich der Themenkomplex um die **Zuwanderung** und die **Integration** mit aktuell 28% auf Platz 2 katapultiert und erreicht damit den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2003. Dreimal so häufig genannt (15%) wurde der Aspekt „Zuwanderungsstopp/Bekämpfung von Überfremdung“ nach nur 5% im Vorjahr. Zwar gibt es Ansätze, mit dem Thema Einwanderung konstruktiv umzugehen, so wie dies die 2009 gegründete „Wiener Zuwanderungskommission“ versucht. Dieser Zusammenschluss aus Mitgliedern der SPÖ, ÖVP, den Grünen und Experten hat es sich zur Aufgabe gemacht, wesentliche Herausforderungen im Hinblick auf die Migration und die Integration in den kommenden Jahren zu identifizieren. Ziel ist eine pluralistische Gesellschaft, denn laut Expertenmeinung ist in Österreich Zuwanderung erforderlich, um die Folgen des demografischen Wandels zu kompensieren. Doch es gibt immer wieder Auslöser für eine zugespitzte Wahrnehmung bei dieser Thematik, wie etwa die seit Anfang des Jahres öffentlich geführte Diskussion um die Gründung eines Erstaufnahmezentrums für Asylbewerber im Burgenland, die im März zum zweiten Mal in einer Volksbefragung abgelehnt wurde. Hinter diesen Punkten stecken vermutlich auch Ängste vor einer Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen aus den neuen EU-Staaten im kommenden Jahr. Zudem steht das Thema bei allen Wahlen im Fokus, stark forciert von den Politikern der FPÖ. So argumentierte die FPÖ-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, befristete Grenzkontrollen trotz des Schengen-Abkommens könnten verhindern, „Kriminalität zu importieren“. Derartige Äußerungen dürften auch mit dafür verantwortlich sein, dass in der Alpenrepublik vermehrt generelle Kritik an der **Politik** und der **Regierung** laut wird. So ist im Wahljahr 2010 der Anteil der Unzufriedenen von 7% auf 11% gewachsen.



## Österreich – zentrale Ergebnisse (2)



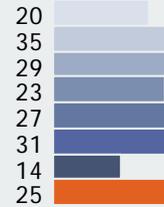
- Spürbare Entspannung zeigt sich bei der Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**, die sich von 34% im von der Wirtschaftskrise stark gebeutelten Vorjahr auf aktuell 19% nahezu halbiert hat. Im Vergleich zu den Jahren vor 2008 ist dies aber ein immer noch ernst zu nehmender Grad an Besorgnis, so dass dieses Thema Platz 3 auf der Sorgentreppe besetzt. 2009 war der Tiefpunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs, die offizielle Statistik (Eurostat) weist eine Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (BIP) von -3,7% aus, nachdem die österreichische Wirtschaft in den Jahren zuvor beachtliche Zuwachsraten verbuchen konnte. In 2010 können die Österreicher auf eine Kehrtwende hoffen, auch wenn der prognostizierte Wert von +1,1% noch weit von den Wachstumsraten vor Beginn der Krise entfernt ist.
- Nachdem der Unmut angesichts der **Renten und Altersversorgung** im Vorjahr gesunken war, verzeichnet diese Herausforderung aktuell wieder einen deutlichen Anstieg. Im Vergleich zu 2009 ist der Anteil der um die Pensionen besorgten Österreicher von 10% auf 16% gestiegen. Einige private Pensionskassen hatten sich verspekuliert, indem sie auf zusätzliche Erträge der Einlagen auf den Finanzmärkten hofften, was sich angesichts der Finanzkrise aber als Illusion herausstellte. Als Folge davon sind manche Zusatzpensionen in den letzten Jahren geschrumpft. Anfang des Jahres kam es zu Protesten von Beziehern von Betriebsrenten, die nach Kürzungen ihrer betrieblichen Altersbezüge und der schleppenden Reform des Pensionskassengesetzes die Herausgabe ihrer geleisteten Einzahlungen forderten. Ein weiterer Grund für die zunehmende Besorgnis könnte die Diskussion um eine Erhöhung der Abschläge bei vorzeitigem Ruhestand sein mit dem Ziel, durch ein höheres Eintrittsalter die Rentenkassen künftig stärker zu entlasten.
- Verdoppelt hat sich die Sorge um die **Kriminalität**. Sie erreicht mit 12% in diesem Jahr den bisher höchsten Stand. War das Thema im Jahr 2003 noch nahezu ohne Bedeutung für die österreichischen Bürger (2%), so gelangte es über die Jahre immer stärker ins Bewusstsein. 2009 stellt hier eine Ausnahme dar, denn das Thema dürfte aufgrund der tiefen Rezession vorübergehend aus dem Fokus verdrängt worden sein. Der Langzeitvergleich in der offiziellen Kriminalitätsstatistik des österreichischen Bundeskriminalamts offenbart aber eine gegenläufige Entwicklung: Die Zahl der angezeigten Straftaten ist im langfristigen Trend seit 2004 gesunken, jedoch wird dieses Thema seitens der FPÖ immer wieder in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt.



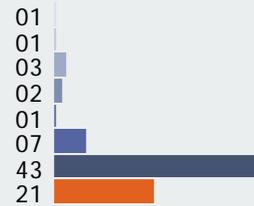
# Die Herausforderungen in Großbritannien 2010

...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

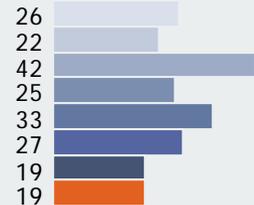
## Zuwanderung/ Integration



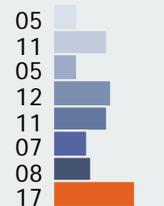
## Wirtschaftliche Stabilität



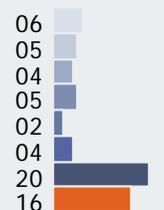
## Kriminalität



## Politik/Regierung



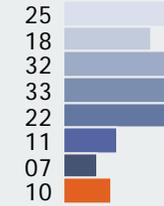
## Arbeitslosigkeit



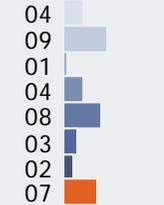
## Bildungspolitik



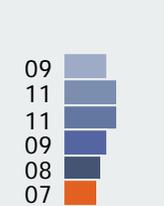
## Gesundheitswesen



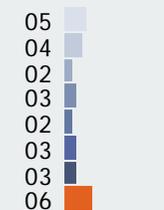
## Friedenssicherung



## Werteentwicklung/ Moral



## Soziale Sicherung



Basis 2010: 969 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Großbritannien – zentrale Ergebnisse (1)



- Den Spitzenplatz der britischen Sorgenliste 2010 belegt das Thema **Zuwanderung** und **Integration**. Ein Viertel der Briten zeigt sich besorgt. Damit gewinnt das Thema erneut deutlich an Brisanz, nachdem sich die Besorgnis im letzten Jahr auf nur noch 14% mehr als halbiert hatte. Bereits in der Vergangenheit war die Migration oft ein sehr wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Punkt auf der britischen Agenda. Dies liegt vermutlich in der Vergangenheit als Kolonialmacht und seinem Status als beliebtes Einwanderungsland begründet. Auch im Wahlkampf der im Mai stattfindenden „General Elections“ ist die Migration wichtiges Thema und zentraler Streitpunkt zwischen den Parteien: Premierminister Brown lehnt die von den Konservativen geforderte Einwanderungsquote für Nicht-EU-Ausländer ab, da diese aus seiner Sicht der britischen Wirtschaft schaden würde. Angesichts der Arbeitsmarktentwicklung kündigte er aber für die Zeit nach den Parlamentswahlen eine „kontrollierte“ Einwanderungspolitik an.
- Die britische Wirtschaft wurde vergleichsweise schnell und sehr stark von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen, was sich in einem Rekordminus des Bruttoinlandproduktes (BIP) von -5% im letzten Jahr äußerte. Für 2010 erwarten Experten wieder eine leichte Erholung des BIP mit einem Wachstum um etwa 1%. Besonders die Stabilisierung des Finanzsektors, der in Großbritannien etwa 7% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, soll dazu beitragen. Auch die Bürger spüren einen leichten Aufschwung: Im Vorjahr mit 43% noch Top Thema, nimmt die Sorge um die **wirtschaftliche Entwicklung** 2010 weit weniger Raum in den Köpfen der Briten ein. Mit 21% besorgten Befragten belegt die konjunkturelle Entwicklung aber immer noch Platz zwei, die britischen Bürger bleiben also skeptisch.
- Ganz ähnlich sieht es bei der Sorge um die **Arbeitslosigkeit** aus: Nach einem rasanten Anstieg im letzten Jahr ist die Beunruhigung der britischen Bürger über den Arbeitsmarkt aktuell gesunken, und zwar um 4 Prozentpunkte auf 16%. Damit befindet sich die Besorgnis der Bürger immer noch auf einem sehr hohen Niveau, was angesichts der für britische Verhältnisse hohen Arbeitslosigkeit im Land auch wenig überrascht. Nach Arbeitslosenquoten von nur 5,3% und 5,6% in den Jahren 2007 und 2008 kletterte der Wert laut OECD auf 7,6% Ende 2009.



## Großbritannien – zentrale Ergebnisse (2)



- Wie schon im Vorjahr fordern 2010 19% der Bürger eine verstärkte Bekämpfung der **Kriminalität**. Damit stabilisiert sich die Besorgnis deutlich unterhalb früherer Werte. Obwohl offizielle Statistiken bei diesem Thema oft wenig aussagekräftig sind, scheint hier der 2009 vom britischen Home Office gemessene Rückgang der Kriminalitätsrate um -8% im Durchschnitt auch von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Noch deutlichere Entspannung zeigt sich bei dem Spezialgebiet der „knife culture“, die in den letzten Jahren für große Unruhe sorgte, weil viele Kinder und Jugendliche mit Messern bewaffnet waren. Die Zahl der mit Messern verübten Gewaltverbrechen insgesamt ist 2009 um 12% gesunken – eine für die britischen Bürger offenbar beruhigende Entwicklung. Doch mit der dritten Position in diesem Jahr gehört das Themengebiet auch weiterhin zu den zentralen Herausforderungen der britischen Politik.
- Dramatisch entwickelt sich der Themenkomplex um **Politik und Regierung**. Äußerten 2009 noch 8% der Bürger ihren Unmut über die politische Führung, hat sich 2010 mit 17% die Zahl der Kritiker mehr als verdoppelt. Das ist möglicherweise eine Nachwirkung des „Spesenskandals“ vom Mai letzten Jahres, bei dem ans Licht kam, dass sich zahlreiche Parlamentarier der Regierung und der Opposition aus öffentlichen Kassen bedient hatten. Zudem wird Premier Brown vorgeworfen, aus der Finanzkrise nicht die richtigen Konsequenzen gezogen zu haben. Da aber weder Labour noch die Konservativen bei der Parlamentswahl im Mai 2010 die absolute Mehrheit erringen konnten, wird sich die Bildung einer handlungsfähigen Regierung schwierig gestalten.
- Ein wichtiges Thema für die Briten ist in diesem Jahr die **Friedenssicherung**. Nach nur noch 2% im letzten Jahr zeigen sich 2010 wieder 7% der britischen Bürger beunruhigt über die Konflikte im Irak und in Afghanistan. Laut Umfragen in Großbritannien ist die Unterstützung für diese Einsätze drastisch gesunken, was auch daran liegt, dass die Zahl getöteter Soldaten im Lauf des Jahres 2009 sprunghaft angestiegen ist. Auf der Afghanistan-Konferenz im Januar dieses Jahres in London versprach der britische Regierungschef erstmals den langsamen und schrittweisen Rückzug der englischen Soldaten.

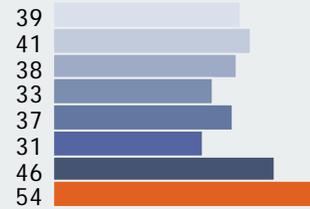


# Die Herausforderungen in Italien 2010

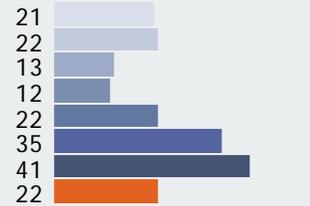


...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

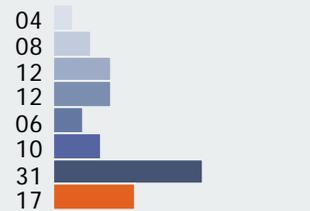
## Arbeitslosigkeit



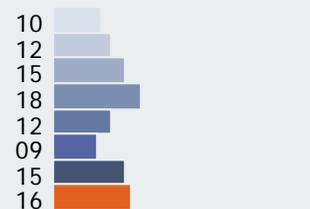
## Kriminalität



## Wirtschaftliche Stabilität



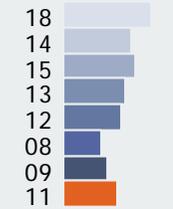
## Politik/Regierung



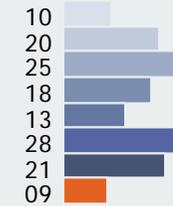
## Zuwanderung/Integration



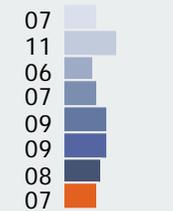
## Gesundheitswesen



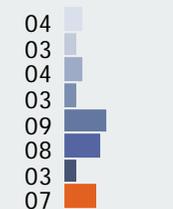
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



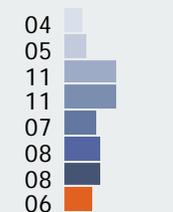
## Renten/Altersversorgung



## Umweltschutz



## Jugend-arbeitslosigkeit



Nachrichtlich:  
Korruption: 6%  
(2009: 2%)

Basis 2010: 1.016 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Italien – zentrale Ergebnisse (1)



- Am stärksten beunruhigt die Italiener auch in diesem Jahr die Lage am Arbeitsmarkt. Mit aktuell 54% hat die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** das sehr hohe Niveau des Vorjahres noch einmal um 8 Prozentpunkte übertroffen. Dabei ging die Arbeitslosenquote, die Ende der 90er-Jahre noch über der 10%-Marke lag, zunächst sukzessive zurück auf einen Tiefstand von 6,1% im Jahr 2007. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenquote jedoch kontinuierlich wieder an bis auf 8,5% Ende 2009. Bis 2011 rechnet der italienische Gewerkschaftsbund CGIL sogar mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 10,1%. Düster ist die Lage laut Statistischem Amt ISTAT vor allem für die unter 25-Jährigen: Mit 26,5% ist Ende 2009 mehr als jeder vierte Jugendliche arbeitslos gemeldet, was einen Zuwachs um 5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Auch wenn die Italiener die **Jugendarbeitslosigkeit** etwas weniger skeptisch betrachten als noch 2009, so belegt das Thema mit 6% Nennungen immer noch einen Platz unter den Top 10 der Sorgen.
- Auf Platz 2 der Sorgenliste findet sich ein in Italien traditionell wichtiges Thema, nämlich die **Kriminalität**. Die Beunruhigung ist zwar noch groß, doch nach drei Anstiegen in Folge ist sie in diesem Jahr zurückgegangen. Mit aktuell 22% hat sich die Sorge im Vergleich zu dem bisherigen Höchststand von 41% im letzten Jahr nahezu halbiert. Ausschlaggebend für die merkliche Entspannung dürften die von der italienischen Justiz im Kampf gegen die Mafia erzielten Erfolge sein: 2009 wurden hochrangige Mafia-Mitglieder verhaftet, die zu den meistgesuchten Verbrechern des Landes zählten. Außerdem hat die Regierung einen Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf den Weg gebracht, der vor allem darauf ausgerichtet ist, die Finanzkraft der Mafia anzugreifen sowie die Schwarzarbeit – insbesondere in Süditalien – einzudämmen.
- Ein ähnlicher Verlauf der Besorgnis zeigt sich beim Thema **Zuwanderung und Integration**. Nach stetigen Zunahmen in den Vorjahren, fällt die Sorge in 2010 um 9 Prozentpunkte auf 13% und Rang 5 zurück. Im Mai 2009 hat das italienische Parlament im zweiten Anlauf ein Gesetz zur Bekämpfung illegaler Einwanderung beschlossen. Zeitgleich trat ein Rücknahmeabkommen mit Libyen in Kraft. Das Vorgehen der italienischen Regierung ruft allerdings internationale Proteste hervor, unter anderem weil gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen wird. Ungeachtet dieser Vorwürfe verfolgt Italien den harten Kurs weiter und meldet die sinkende Zahl illegaler Grenzüber-schreitungen als Erfolg – was von einem Teil der italienischen Bevölkerung offenbar ebenso gesehen wird.



## Italien – zentrale Ergebnisse (2)



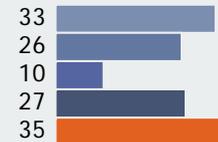
- Ebenfalls weniger Sorgen bereitet den Italienern die **wirtschaftliche Entwicklung**. Zeigten sich im Vorjahr noch 31% der italienischen Bevölkerung besorgt, so sind es in diesem Jahr nur noch 17%. Der enorme Anstieg der Besorgnis 2009 (+21 Prozentpunkte) war offensichtlich eine Folge der globalen Konjunkturkrise, denn auch in Italien schrumpfte die Wirtschaft dramatisch um 4,7%. Vor allem die exportabhängigen Kernbranchen, wie die Automobil-, Bau- und Möbelindustrie, waren von massiven Einbrüchen betroffen. Für 2010 wird wieder mit einer leichten Erholung gerechnet, in Prognosen wird von einer leichten Zuwachsrate von +0,7% für das BIP ausgegangen. Damit scheint sich Italien aus der längsten Rezessionsphase seit dem Zweiten Weltkrieg zu erholen – wenn auch nur langsam. Gebremst wird der Aufschwung durch den hohen Schuldenberg Italiens, der aufgrund immenser Steuerausfälle infolge der Krise nochmals gewachsen ist. Damit zählt Italien zur Zeit neben Griechenland, Portugal, Irland und Spanien zu den am stärksten verschuldeten EU-Ländern.
- Durch die hohe Staatsverschuldung ist die Handlungsfähigkeit der Regierung, auch im Hinblick auf die Krisenbewältigung, stark eingeschränkt. Mit derzeit 16% nimmt die Unzufriedenheit mit der **Regierungsarbeit** den vierten Rang ein. Damit liegt Italien in diesem Punkt direkt hinter Großbritannien auf Platz 2 aller untersuchten Länder. Im letzten Jahr waren vermutlich noch Themen wie die Arbeitslosigkeit und die schlechte Wirtschaftsentwicklung für die Besorgnis ausschlaggebend. Doch in diesem Jahr dürften auch die Skandale um den amtierenden Ministerpräsidenten Berlusconi für Unmut sorgen, so zum Beispiel die Ermittlungen der Justiz wegen Korruption und Bilanzfälschung oder das in den Medien breit dargestellte Privatleben des Ministerpräsidenten. Aufgrund der vom italienischen Verfassungsgericht aberkannten Immunität könnten ihm außerdem mehrere juristische Verfahren drohen. Unter all diesen Voraussetzungen hätte auch eine größere Unzufriedenheit der Bürger nicht erstaunt. Aus den Europawahlen im Juni 2009 ging Berlusconis Mitte-Rechts-Lager jedoch abermals als stärkste politische Kraft hervor und auch bei den nach der Untersuchung durchgeführten italienischen Regionalwahlen im März 2010 schnitt Berlusconis Partei PDL gut ab. Möglicherweise steht dies in Zusammenhang mit der eher schwachen Opposition, der ein ähnlich charismatischer Gegenkandidat fehlt.



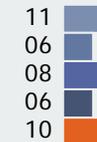
# Die Herausforderungen in Belgien 2010

...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

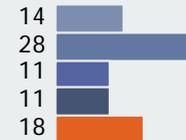
## Arbeitslosigkeit



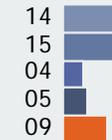
## Renten/ Altersversorgung



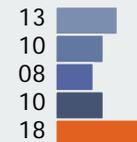
## Kriminalität



## Verkehrspolitik



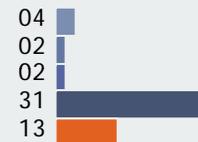
## Zuwanderung/ Integration



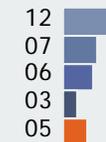
## Preis-/ Kaufkraftentwicklung



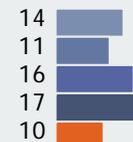
## Wirtschaftliche Stabilität



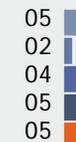
## Steuerpolitik



## Politik/Regierung



## Armut



Nachrichtlich:  
Soziale Sicherheit: 5%  
(2009: 3%)

Basis 2010: 960 Befragte

■ 2006 ■ 2007 ■ 2008 ■ 2009 ■ 2010



## Belgien – zentrale Ergebnisse (1)



- In diesem Jahr ist die **Arbeitslosigkeit** wieder an die Spitze der belgischen Sorgenliste vorgerückt, nachdem die globale Wirtschaftskrise 2009 die Sorge um die Konjunktur auf Platz 1 katapultierte. Aktuell sehen 35% der Bürger dringenden Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Besorgnis der Belgier rund um das Thema Beschäftigung nochmals um 8 Prozentpunkte gestiegen. Auch die Arbeitslosenquote hat im gleichen Zeitraum zugenommen und kletterte von 7% in 2008 auf 7,9% im Jahr 2009. Den Prognosen zufolge wird für 2010 eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit über die 9%-Marke befürchtet. Dies erscheint besonders alarmierend in einem Land, in dem die Arbeitslosenquote seit 2005 stetig zurückgegangen ist. Zweifelsohne ist die gegenwärtige Zunahme der Arbeitslosenzahl mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden. Doch darüber hinaus hat Belgien mit ganz eigenen regionalen Problemen zu kämpfen, nämlich dem wirtschaftlichen Gefälle zwischen dem prosperierenden flämischen Norden und dem wallonischen Süden, was sich auch in entsprechenden Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt.
- Deutlich an Brisanz verloren hat die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**. Nur noch 13% der Bürger zeigen sich besorgt über die aktuelle wirtschaftliche Lage. Nach 31% im letzten Jahr belegt dieses Thema damit Platz 4 der Rangliste. Die von den Experten erwartete Besserung der wirtschaftlichen Lage nach der einjährigen Rezession tritt langsam ein. Obwohl der Konjunkturbruch länger und tiefgreifender war als erwartet, soll laut Eurostat das BIP in 2010 wieder leicht um 0,6% wachsen. Sollte sich der Arbeitsmarkt tatsächlich so ungünstig entwickeln wie befürchtet, würde eine schwächere Kaufkraft den privaten Konsum und somit auch den erhofften Aufschwung beeinträchtigen.
- Auf Platz 2 der Sorgenliste steht die Forderung nach einer verstärkten Bekämpfung der **Kriminalität**. In den letzten beiden Jahren lag die Besorgnis konstant bei 11%, doch 2010 ist die Beunruhigung sprunghaft auf 18% gestiegen. Medienberichten zufolge scheint insbesondere die Situation in Brüssel, der Hauptstadt Europas, zunehmend schwieriger zu werden: Neben belgischen Bewohnern wurden auch EU-Beamte und Diplomaten Opfer von Raubüberfällen. Als Ursachen für die offenbar verbesserungswürdige Sicherheitslage werden die zum Teil fehlende Präsenz und die schlechte Ausrüstung der Polizei angesehen. Auch der in einigen Stadtteilen hohe Anteil an arbeitslosen Jugendlichen ausländischer Herkunft wird damit in Zusammenhang gebracht.



## Belgien – zentrale Ergebnisse (2)



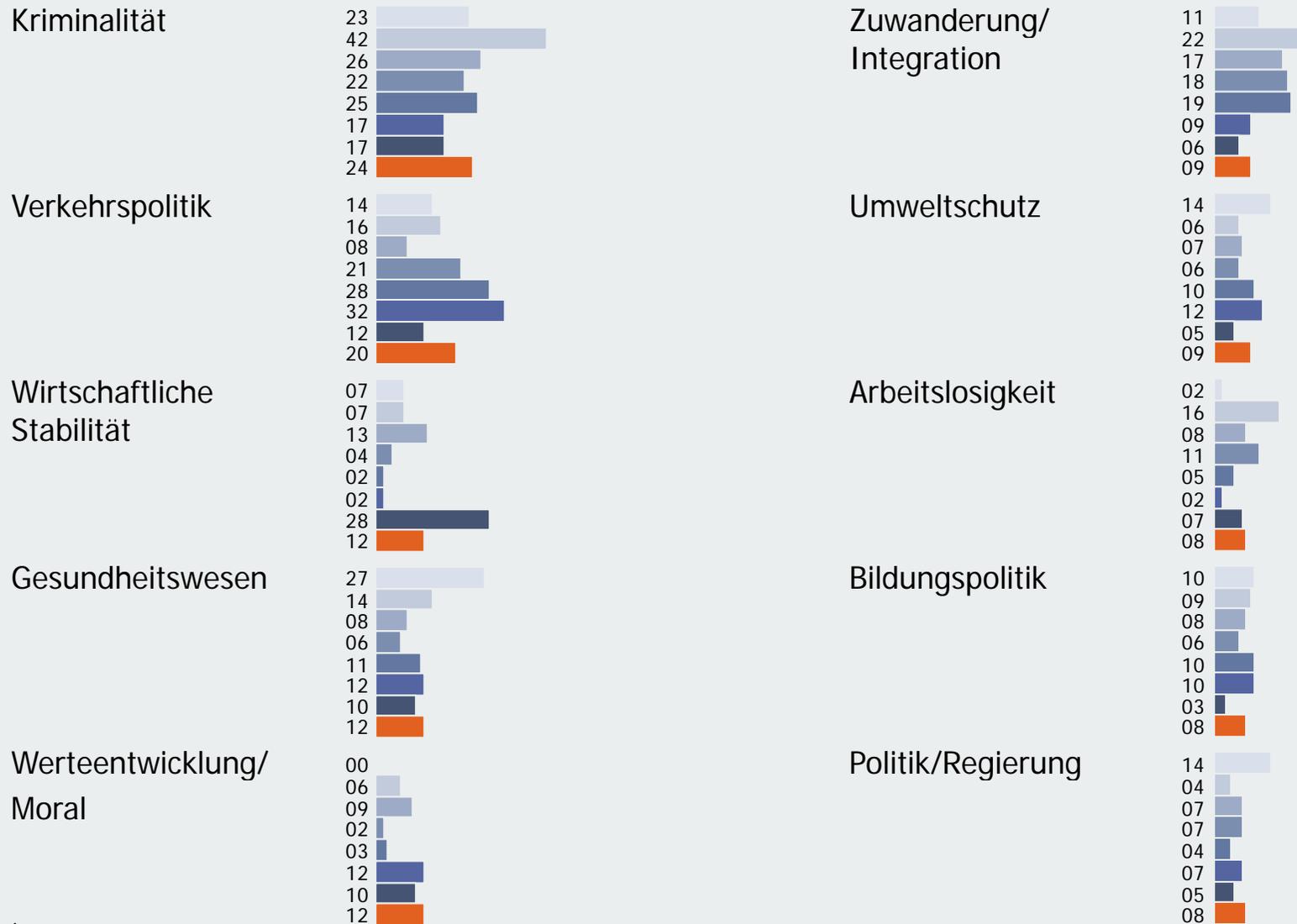
- Vor dem Hintergrund einer derart starken Thematisierung in den Medien ist es wenig überraschend, dass sich die Bürger vermehrt über die **Integration** und die **Zuwanderung** in Belgien sorgen: Mit einem Anstieg von 10% auf 18% belegt dieses Thema Rang 3 in diesem Jahr. Doch sicherlich stellt der Zusammenhang zwischen Immigranten und Kriminalität im beliebten Einwanderungsland Belgien nicht den einzigen Grund für die wachsende Besorgnis dar. Zur Zeit der Befragung wurde ein „Burka-Verbot“ diskutiert, mit dem Belgien als erstes europäisches Land das Tragen eines Ganzkörperschleiers unter Strafe stellen will. Offiziell soll damit sichergestellt werden, dass jede Person eindeutig identifiziert werden kann – auch als Schutz vor Anschlägen. Inzwischen hat das Parlament dieses Verbot mit großer Mehrheit offiziell beschlossen. Aufgrund der innenpolitischen Krise ist jedoch noch unklar, wann das Gesetz in Kraft treten wird.
- Eine solche politische Einigkeit hat in Belgien Seltenheitswert, denn der sogenannte Sprachenstreit zwischen dem reichen, nördlichen Flandern und dem südlichen, ärmeren frankophonen Wallonien ließ bereits Regierungsbildungen zur Zerreißprobe werden. Dennoch nimmt in diesem Jahr die Kritik an **Politik** und **Regierung** ab, und zwar um 7 Prozentpunkte auf 10%. Möglicherweise hat die Wiederernennung von Leterme als Nachfolger von Premier van Rompuy, der zum ersten ständigen EU-Ratspräsidenten gewählt wurde, die Wogen geglättet. Allerdings ist zu vermuten, dass der erneute Rücktritt Letermes Ende April 2010 und die damit notwendige Parlamentsneuwahl im Juni 2010 die Befürchtungen im Hinblick auf den Themenkomplex Politik und Regierung wieder verstärken könnten.
- Eine Zunahme der Besorgnis lässt sich für die **Altersversorgung** beobachten. Die Sorge über die Renten ist um 4%-Punkte auf 10% gestiegen. Zwar war in den letzten Jahren dieses Thema immer kleineren Schwankungen unterworfen gewesen, doch der aktuelle Anstieg der Beunruhigung ist wieder etwas größer. Vermutlich wurde die wachsende Besorgnis von der aktuellen Debatte über eine Rentenreform hervorgerufen, von der die meisten Bürger Einschnitte erwarten. So soll diese Reform die Frühverrentung reduzieren und zusätzliche Arbeitsjahre mit einer Prämie belohnen. Ebenfalls geplant, aber äußerst unrealistisch erscheint die Festsetzung einer Mindestrente, die das Niveau des gesetzlichen Mindesteinkommens nicht unterschreitet.



# Die Herausforderungen in den Niederlanden 2010



... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2010: 995 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Niederlande – zentrale Ergebnisse (1)



- Das diesjährige Sorgenranking in den Niederlanden wird von dem Thema **Kriminalität** angeführt. Nachdem die Sorge bereits in den Jahren 2004 bis 2006 Platz 1 inne hatte, kehrt sie mit einem beachtlichen Zuwachs von 7 Prozentpunkten auf aktuell 24% wieder auf den obersten Rang zurück. Und dies obwohl die Kriminalitätsrate in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist, wie auch die Zahl der Opfer von Straftaten – was wohl auch auf die verschärfte Sicherheitspolitik der niederländischen Regierung zurückzuführen ist. Doch an der „gefühlten“ Sicherheit der Bürger ändert sich dadurch offensichtlich nichts. Sicherlich dürfte das verhältnismäßig niedrige Niveau der letzten beiden Jahre auch damit begründet werden, dass die damaligen Top-Themen Verkehrspolitik und Wirtschaftskrise die Besorgnis um die Kriminalität etwas in den Hintergrund gedrängt haben. Auffällig ist, dass nicht die Kriminalität an sich, sondern insbesondere der Ruf nach Verbrechensbekämpfung und Innerer Sicherheit lauter wird (+7 Prozentpunkte). Genau dieses Thema setzt der Rechtspopulist Geert Wilders im Wahlkampf mit seiner Partei PVV auf die Agenda und feiert damit Erfolge bei den Kommunalwahlen in Den Haag und Almere. Ob sich Wilders auch auf nationaler Ebene durchsetzen wird und seine geschürten Ängste hinsichtlich der Inneren Sicherheit und des Islams bei den niederländischen Bürgern ankommen, das wird sich bei den Parlamentswahlen im Juni 2010 zeigen.
- Im letzten Jahr noch das Top-Thema auf der niederländischen Sorgenliste, verzeichnet die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** des Landes einen starken Rückgang von 28% auf 12% in diesem Jahr und belegt aktuell Platz 3. Als fünftgrößte Exportnation der Welt wurden die Niederlande im Vorjahr vergleichsweise stark von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 4% sowie der Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,8% in 2008 auf 3,5% im letzten Jahr waren die Folge. Nach zahlreichen Konjunkturprogrammen der Regierung wird für 2010 wieder ein „Nullwachstum“ prognostiziert. Auch die Bürger scheinen diese Erholung zu spüren und blicken in diesem Jahr wieder zuversichtlicher in die wirtschaftliche Zukunft. Jedoch liegt die Sorge um die **Arbeitsmarktsituation** bei für holländische Verhältnisse überdurchschnittlich hohen 8%. Sicherlich ist die aufgrund der Rezession und des strengen Winters weiter ansteigende Arbeitslosigkeit ein Grund hierfür. Im Januar 2010 lag die Arbeitslosenquote bereits bei 4,2%.



## Niederlande – zentrale Ergebnisse (2)



- Nach einem erdrutschartigen Rückgang 2009 rückt die Besorgnis um das niederländische **Verkehrssystem** in diesem Jahr wieder stärker in den Fokus. Nach 12% in 2009 äußert aktuell jeder Fünfte Kritik an der Verkehrspolitik, das bedeutet Platz 2 auf der Agenda. Ein Grund hierfür könnte die von Ministerpräsident Balkenende angekündigte Einführung einer Kilometergebühr sein, die zur Verringerung der schädlichen Abgase und der täglichen Verkehrsbehinderungen auf den holländischen Straßen beitragen soll. Zunächst wurden die Reformpläne der Regierung offenbar positiv beurteilt, doch die inzwischen bekanntgegebenen konkreten Umsetzungsmaßnahmen lösen zum Teil heftigen Widerstand unter den Autofahrern aus. Mit der Umstellung auf das neue System soll ab 2012 nicht mehr der Besitz, sondern die kilometerabhängige Nutzung besteuert werden. Medienberichten zufolge rufen auch die in den Fahrzeugen zur Messung eingesetzten Satelliten-Ortungsgeräte Misstrauen hervor.
- Auf hohem Niveau stagniert die Unzufriedenheit der Bürger mit dem niederländischen **Gesundheitssystem**. In diesem Jahr zeigen sich 12% der Niederländer besorgt über die gesundheitspolitische Entwicklung in ihrem Land. Seit dem bisherigen Höchstwert im Jahr 2003 mit 27% Besorgten ist das Gesundheitswesen mehrfach überarbeitet worden. Die letzte Reform 2006 beinhaltete vor allem das Recht auf eine Versicherung und eine Versicherungspflicht für die ganze Bevölkerung sowie die Privatisierung der Krankenversicherung. Zudem wurde die Finanzierung angepasst. Die meisten Reformelemente sind auf langfristige Sicht angelegt, so dass sich erst in den nächsten Jahren zeigen wird, ob die Reform dauerhaft die Gesundheitsversorgung sicherstellen kann.
- Mit der **Bildungspolitik** ist ein Dauerbrenner in den Niederlanden wieder in die Top Ten zurückgekehrt. Im letzten Jahr wurde die Sorge um die Bildung vermutlich von der brisanten Wirtschaftslage ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Aktuell zeigt sich jedoch wieder ein Anstieg von 3% auf 8% - das bedeutet Platz 9 in diesem Jahr. Traditionell machen sich die Holländer viele Gedanken über die Ausbildung als Mittel zur Sicherung der Zukunft des Landes. Diese Bedeutung spiegelt sich auch im Etat des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft wider, der den größten Einzelposten im Gesamthaushalt stellt. Wie dies zukünftig aussehen wird, wenn mit drastischen Sparmaßnahmen die Staatsverschuldung abgebaut werden soll, bleibt abzuwarten.

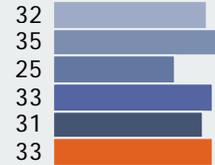


# Die Herausforderungen in Russland 2010

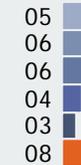


...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

Preis-/Kaufkraftentwicklung



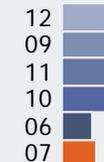
Suchtproblematik (Alkohol, Nikotin, Drogen)



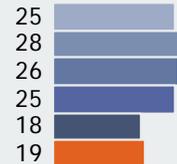
Arbeitslosigkeit



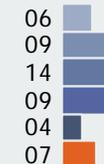
Bildungspolitik



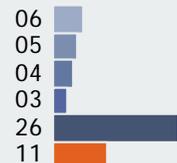
Wohnungsproblem/ Mieten



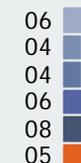
Gesundheitswesen



Wirtschaftliche Stabilität



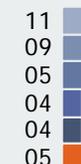
Jugend- arbeitslosigkeit



Renten/ Altersversorgung



Wohlergehen/ Lebensstandard



Nachrichtlich:  
Korruption: 5%  
(2009: 3%)

Basis 2010: 2.189 Befragte

2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Russland – zentrale Ergebnisse (1)



- Platz 1 der russischen Sorgenliste belegt unverändert die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Ein Drittel der Bürger zeigt sich derzeit beunruhigt, die Besorgnis ist im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte auf 33% gestiegen. Zwar ging die Inflation zuletzt von 14,1% in 2008 auf 11,7% im letzten Jahr lt. OECD zurück, doch im Vergleich zu 2007 (9%) hat sich die Preissteigerung damit wieder beschleunigt. Somit sehen die Bürger offensichtlich nicht so sehr den aktuellen Rückgang, sondern vielmehr das im internationalen Vergleich immer noch sehr hohe Niveau der Inflation. In den Ländern der Euro-Zone betrug im Februar 2010 die Geldentwertung nur knapp ein Prozent. Ein weiterer Grund für die große Beunruhigung in Bezug auf die Preisentwicklung könnte in der deutlichen Abwertung des Rubels gegenüber dem Euro bzw. Dollar liegen, die zu Beginn der Wirtschaftskrise eingesetzt hat und in der Spitze bis zu 26% betrug.
- Ebenfalls mehr Gedanken als 2009 machen sich die Russen über die **Arbeitslosigkeit** in ihrem Land: Mit einem Zuwachs um 6 Prozentpunkte auf aktuell 27% übertrifft die Besorgnis den bisherigen Spitzenwert aus dem Vorjahr und belegt erstmals Platz 2 im Sorgenranking. Zusätzlich nennen in diesem Jahr noch 5% der Russen die **Jugend-arbeitslosigkeit** als wichtige Aufgabe (Platz 9). Tatsächlich verschärft sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Nach kontinuierlichen Rückgängen von 2005 bis 2007 ist die Arbeitslosenquote nach Angaben der Russischen Außenhandelskammer zunächst auf 7,7% in 2008 gestiegen und hat dann im letzten Jahr noch einmal auf 8,2% lt. ILO zugenommen. Gerade vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung in den Jahren davor überrascht es nicht, dass eine derartige Zunahme mit wachsender Besorgnis wahrgenommen wird.
- Die Sorge um einen Mangel an adäquatem **Wohnraum** sowie zu hohe **Mieten** bleibt nahezu konstant und bewegt auch in diesem Jahr knapp ein Fünftel der Bürger. In Russland gibt es derzeit knapp 60 Mio. Wohnungen für 142 Mio. Einwohner. „Erschwingliches Wohnen“ stellt in Russland ein nationales Projekt dar, dessen Umsetzung zwar etwas langsamer als geplant verläuft – 2009 wurden statt der anvisierten 80 Mio. Quadratmeter neuer Wohnfläche nur 60 Mio. übergeben und für 2010 wird eine ähnliche Größenordnung angestrebt – doch die Regierung will trotz der Wirtschaftskrise über die Vergabe von Hypothekenkrediten mit einem Volumen von umgerechnet über 6 Mrd. Euro den Kauf von Neubauwohnungen erleichtern. Darüber hinaus soll ab 2011 im Auftrag des russischen Verteidigungsministeriums der Bau von Wohnungen für Militärangehörige vorangetrieben werden, wofür innerhalb von drei Jahren umgerechnet weitere rund 3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen werden.



## Russland – zentrale Ergebnisse (2)



- Merkleiche Entspannung zeigt sich, so wie im Rest Europas, bei der Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**. Gegenüber dem Vorjahr geht die Besorgnis zwar um 15 Prozentpunkte auf aktuell 11 Prozent zurück, ist aber immer noch deutlich größer als vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 (3%). Auch Russland hatte im letzten Jahr überaus stark unter der Wirtschaftskrise zu leiden: Von einem Zuwachs des BIP um 5,6% in 2008 ging es 2009 zurück zu einem Minus von 7,9%. Für 2010 sind die Aussichten mit +3,1% zwar etwas besser, doch es hängt viel von der weiteren Entwicklung der Konjunktur ab. Und diese ist in Russland, einem der größten Energieproduzenten der Welt, stark abhängig von den Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas. Preisschwankungen wie im letzten Jahr treffen Russland daher sehr hart: Der Rückgang des Ölpreises hat nach Jahren der Haushaltsüberschüsse 2009 erstmals wieder zu einem Defizit geführt (-5,9%). Die Gewinne aus dem Energiesektor sind jedoch notwendig, um die Sozialausgaben solide finanzieren zu können.
- Auf die **Renten** und die **Altersversorgung** hat dieser Einbruch offenbar keine Wirkung. Die Besorgnis sinkt zum dritten Mal in Folge und unterschreitet mit 9% erstmals knapp die 10%-Marke. Tatsächlich hat sich die Rentensituation in den letzten Jahren stetig gebessert: Nach beinahe jährlichen Rentenerhöhungen in den letzten Jahren wurde auch in diesem Jahr eine Rentenerhöhung zum 01. April um 6,3% beschlossen. Inwieweit allerdings die gegenwärtige Diskussion über eine Anhebung des Renteneintrittsalters die Beunruhigung wieder anheizen wird, bleibt abzuwarten.
- Gewachsen ist die Forderung nach einer stärkeren Bekämpfung des **Drogenmissbrauchs** und des **Alkoholismus**. Die Zahl der Nennungen hat sich mit 8% mehr als verdoppelt, das ist der bislang höchste Wert. Die russische Regierung hat inzwischen dem Alkoholkonsum den Kampf angesagt, nachdem sich der Alkoholverbrauch in den vergangenen zwei Jahrzehnten laut Medienberichten nahezu verdoppelt hat. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wurden zu Jahresbeginn Mindestpreise für Wodka eingeführt und die Bier-Konsumsteuer verdreifacht. Zuvor war Bier in Russland billiger als viele nichtalkoholische Getränke gewesen und wurde damit vor allem für Jugendliche zum Einstieg in den Alkoholkonsum. Ferner ist ein Gesetz in Planung, das den Verkauf harter Alkoholika ab einer bestimmten Uhrzeit verbietet. In Moskau und St. Petersburg existiert bereits eine solche restriktive Regelung.

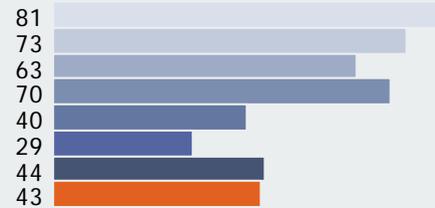


# Die Herausforderungen in Polen 2010



...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

## Arbeitslosigkeit



## Gesundheitswesen



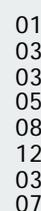
## Preis-/Kaufkraftentwicklung



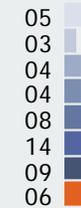
## Politik/Regierung



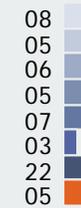
## Verkehrspolitik



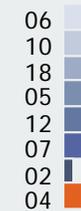
## Renten/Altersversorgung



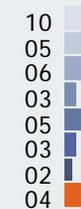
## Wirtschaftliche Stabilität



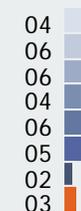
## Korruption



## Kriminalität



## Armut



Nachrichtlich:  
 Soziale Sicherung: 3%  
 (2009: 3%)  
 Bildungspolitik: 3%  
 (2009: 4%)  
 Jugendarbeitslosigkeit: 3%  
 (2009: 2%)

Basis 2010: 1.000 Befragte

■ 2003  
 ■ 2004  
 ■ 2005  
 ■ 2006  
 ■ 2007  
 ■ 2008  
 ■ 2009  
 ■ 2010



## Polen – zentrale Ergebnisse (1)



- Die **Arbeitslosigkeit** führt auch 2010 die Sorgenliste der Polen an, mit 43% bleibt die Besorgnis aber konstant. Das überrascht ein wenig angesichts stetig steigender Arbeitslosenzahlen. So ist die Arbeitslosenquote von 7,2% in 2008 auf 8,2% über das Jahr 2009 gerechnet gestiegen; im Januar 2010 erreichte sie sogar 8,9%. Doch die sich zuspitzende Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde von den Polen offenbar bereits im Vorjahr vorausschauend als wichtige Herausforderung antizipiert. Damals schnellte die Besorgnis mit einem Wert von 29% in 2008 auf 44% in die Höhe, obwohl die Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt noch nicht angekommen war.
- Die wirtschaftliche Zukunft sah 2008 nicht rosig aus, so dass aus diesem Grund im letzten Jahr die Sorge um die **wirtschaftliche Lage** extrem zunahm. Hier zeigt sich nun deutliche Entspannung: Mit einem Rückgang von 22% auf nur noch 5% in diesem Jahr scheint sich die Situation in den Augen der Bürger aus nachvollziehbaren Gründen wieder stabilisiert zu haben. Schließlich war Polen das einzige EU-Land, das im Krisenjahr 2009 - auch aufgrund seiner im Vergleich geringeren Exportabhängigkeit - ein Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte. Die zukünftigen Aussichten präsentieren sich aber ebenfalls freundlich: Eurostat prognostiziert für 2010 mit plus 1,8% Wachstum einen Wert, der sich im europäischen Vergleich sehen lassen kann.
- An Brisanz gewonnen hat dagegen die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Dieses Thema belegt Rang 2 der diesjährigen Agenda. Nach 18% in 2009 sehen aktuell nun 26% der Polen Handlungsbedarf bei der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung. Die Politik sieht ebenfalls die Notwendigkeit zu handeln: In seiner Regierungserklärung Mitte 2009 zählte Premier Tusk das Gesundheitswesen zu seinen vorrangigen Aufgaben. Die hohe Verschuldung der öffentlichen Krankenhäuser hat zu einer Verschlechterung der Ausstattung mit medizinischen Geräten geführt. Darüber hinaus fördert die schlechte Bezahlung des Personals die Korruption, d.h. um Wartelisten zu umgehen, werden Ärzte oftmals unter der Hand bezahlt. Auch droht Polen dadurch weiterhin die Abwanderung gut ausgebildeter Ärzte und Krankenpfleger ins Ausland.



## Polen – zentrale Ergebnisse (2)



- Weiter abgenommen hat die Sorge um die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft**. Nach dem Rekordwert von 30% im Jahr 2007 sind die Bedenken hinsichtlich der Inflation kontinuierlich zurückgegangen. 2010 nennen nur noch 16% der Polen die Preisentwicklung als besorgniserregend, damit belegt das Thema Platz 3 der Sorgenliste. Entsprechend stabil präsentiert sich die Inflationsrate 2009 bei 3,8%, die damit etwas unter dem Wert von 4,2% im Jahr 2008 lag. Nach Einschätzung der OECD ist die Gefahr einer Teuerung auch für die nächsten beiden Jahre gebannt: Für 2010 wird eine Preissteigerung von 2,2% prognostiziert, im Jahr 2011 soll sie sogar nur noch bei 1,9% liegen.
- Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung ist die Kritik an der **Politik** und der **Regierung**. 13% der Polen äußern sich besorgt über den derzeitigen IST-Zustand, insbesondere die Streitigkeiten zwischen den Parteien möchten viele Polen beseitigt sehen. Seit den letzten Parlaments- und Senatswahlen 2007 bestimmt eine gemäßigt konservative Koalition aus Bürgerplattform und Bauernpartei unter Premier Tusk die Geschicke des Landes. Der Regierungschef ist laut Umfragen sehr beliebt, umso mehr, nachdem er eine Kandidatur für die Wahl des Staatspräsidenten im kommenden Herbst ablehnte, um weiter Regierungschef bleiben zu können. Zur Zeit der Challenges-Befragung im Februar 2010 wurde heftig über die Nachfolge des amtierenden Präsidenten Lech Kaczynski diskutiert, der das Amt 5 Jahre lang bekleidete, danach überschlugen sich die Ereignisse: Im Februar war aufgrund schlechter Umfragewerte fraglich, ob Staatspräsident Kaczynski wieder antreten wird. Im April 2010 dann kam Kaczynski zusammen mit einer hochrangigen polnischen Delegation bei einem Flugzeugabsturz im russischen Smolensk ums Leben. Derzeit befindet sich Polen in einem Zustand von Schock und Trauer. Wie sich die Regierung und die Politik Polens nach diesem tragischen Verlust weiterentwickeln werden, muss abgewartet werden.
- Den fünften Platz der Sorgenliste mit einem Anstieg von 3% auf 7% belegt aktuell die **Verkehrspolitik**. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren, denn der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Straßen und Flughäfen in Vorbereitung auf die Fussball-Europameisterschaft 2012 verläuft in Polen vorbildlich. Viele der dafür getätigten Vorhaben waren zwar ohnehin erforderlich, wurden so aber beschleunigt. Möglicherweise macht dies den Bürgern noch einmal die Wichtigkeit einer funktionierenden und modernen Infrastruktur bewusst.

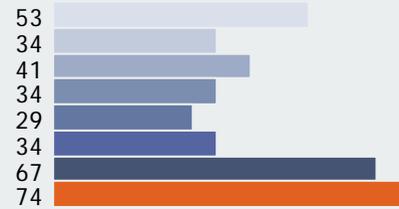


# Die Herausforderungen in Spanien 2010

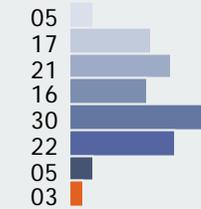


...% der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

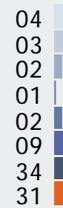
## Arbeitslosigkeit



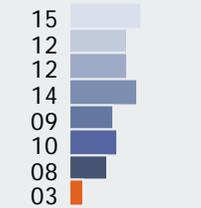
## Wohnungsproblem/ Mieten



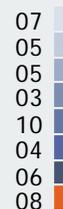
## Wirtschaftliche Stabilität



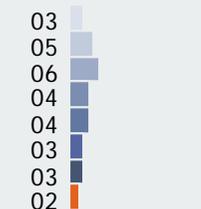
## Kriminalität



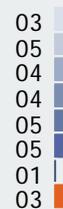
## Politik/Regierung



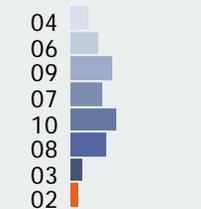
## Bildungspolitik



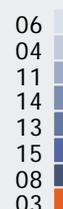
## Renten/ Altersversorgung



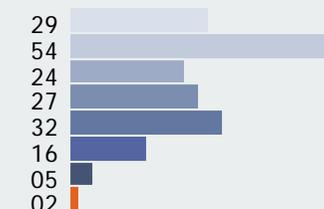
## Preis-/ Kaufkraftentwicklung



## Zuwanderung/ Integration



## Terrorismus



Basis 2010: 1.000 Befragte

2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



## Spanien – zentrale Ergebnisse (1)



- Die Sorgen der Spanier werden 2010 von der **Arbeitslosigkeit** dominiert. Mit einem Anstieg um 7 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr erreicht die Beunruhigung aktuell ein Rekordniveau von 74%. Schon 2009 war die Besorgnis deutlich größer als in den Jahren davor. Mit dem Zusammenbruch der Immobilien- und Baubranche – einer zentralen Stütze der spanischen Wirtschaft – hat die Finanzkrise Spanien sehr stark getroffen. Die Auswirkungen sind besonders auf dem Arbeitsmarkt spürbar: Lag die Arbeitslosenquote 2008 noch bei 11%, erreichte sie gegen Ende 2009 ein Niveau von 19%. Damit wurde die historische Rekordmarke von 4 Millionen Arbeitslosen geknackt. Besonders stark betroffen ist der Bau- sowie Dienstleistungssektor. Zwar erklärte die Regierung die Schaffung neuer Arbeitsplätze 2010 zur absoluten Priorität, doch zahlreiche Prognosen lassen keine rasche Besserung der Arbeitsmarktsituation erwarten. Auch der Internationale Währungsfond befürchtet eine Fortsetzung des Negativtrends, sollten weitgehende Reformen der Regierung auf dem Arbeitsmarkt ausbleiben.
- Zählte Spanien bis vor wenigen Jahren noch mit enormen Zuwächsen und regelmäßigen Haushaltsüberschüssen zu den treibenden Kräften Europas, wurde kein anderes europäisches Land 2009 so stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Das vorwiegend auf dem kreditfinanzierten Bauboom basierende Wirtschaftswachstum erlitt 2009 durch das Platzen der Immobilienblase einen drastischen Einbruch. Ein Rückgang des BIP um 4% und massive Steuerausfälle waren die Folge. Für 2010 sind die Aussichten weiter eher düster, wenn auch mit einem Negativwachstum von geschätzten -0,8% nicht mehr so katastrophal wie 2009. So sinkt die Sorge der spanischen Bürger um die **wirtschaftliche Entwicklung** ihres Landes leicht im Vergleich zum Vorjahr, verbleibt jedoch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau: Fast jeder Dritte äußert sich darüber besorgt. Einen positiven Effekt hat die Krise der Bauwirtschaft aber: Durch die beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen gingen die Immobilienpreise zuletzt stark zurück. Analog dazu zeigen sich deutlich weniger Spanier besorgt über das **Wohnungsproblem**, das nach Werten von 30% bzw. 22% in 2007 und 2008 nun den bisher niedrigsten Sorgenwert von 3% erreicht.



## Spanien – zentrale Ergebnisse (2)



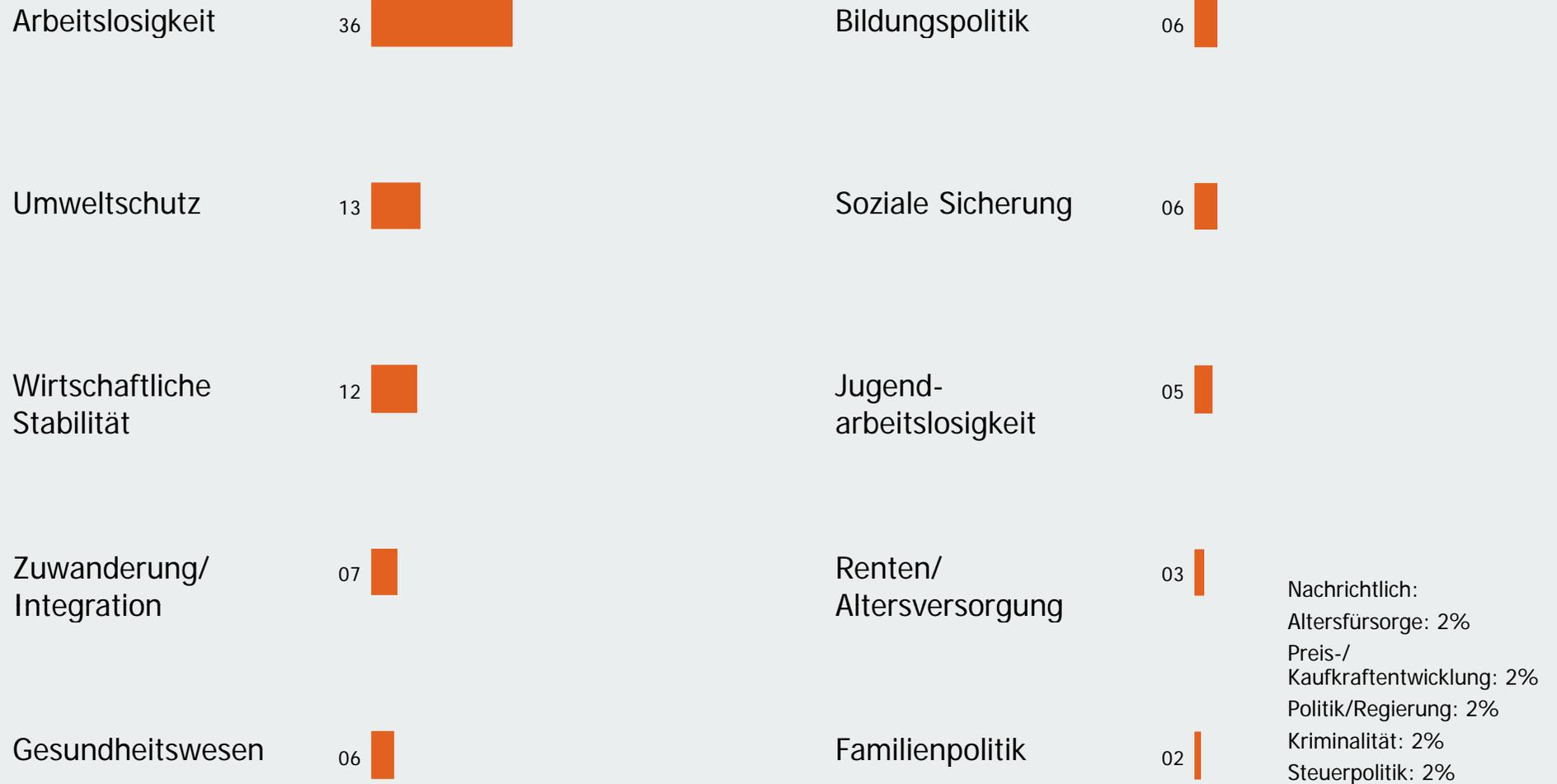
- Die wirtschaftlich angespannte Situation trägt sicherlich auch zu der wachsenden Kritik der Bürger an der **Politik** und der **Regierung** bei. Nach einem kontinuierlichen Anstieg erreicht das Thema in diesem Jahr mit 8% Platz 3 des spanischen Sorgenrankings. Ministerpräsident Zapatero steht nach einem turbulenten Jahr 2009 vor einer Bewährungsprobe. Neben dem Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres dürfte eine seiner größten Herausforderungen die Bekämpfung der Staatsverschuldung darstellen, die mit 9,8% des BIP mehr als drei mal so hoch ist wie die im EU-Stabilitätspakt erlaubte Defizitgrenze. Mit einem drastischen Sparprogramm im Umfang von 50 Milliarden EURO will die spanische Regierung das Haushaltsdefizit bekämpfen und zur Einhaltung der EU-Stabilitätskriterien beitragen. So sollen die Bezüge der Minister und der Beamten gekürzt werden. Zahlreiche dieser Maßnahmen stoßen auf heftige Kritik in der Bevölkerung. Speziell die Pläne für eine Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre lösten eine Protestwelle der spanischen Gewerkschaften aus, die bislang als Verbündete Zapateros gelten konnten. Experten sprechen von einer Rentenkürzung um 2%, die sich bei einer ohnehin schon vergleichsweise niedrigen Durchschnittsrente von 800€ pro Monat mindernd auf die Kaufkraft auswirken wird. So verwundert es nicht, dass 3% der Spanier sich unzufrieden über die **Renten** und die **Altersversorgung** äußern und dieses Thema damit aktuell Platz 4 belegt.
- Erfreulich entwickeln sich dagegen die beiden verwandten Themen **Kriminalität** und **Terrorismus**. Zum Teil wurde die Besorgnis sicherlich durch die wirtschaftliche Situation überlagert, doch lassen sich bei beiden Punkten Erfolge verbuchen. So ist die Zahl der Straftaten 2009 zurückgegangen, und zwar auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Demnach äußern auch immer weniger Spanier den Wunsch nach verstärkter Verbrechensbekämpfung, 2010 sind es noch 3%, ein Rückgang um 5 Prozentpunkte. Im längerfristigen Vergleich hat die Sorge um den Terrorismus - in Spanien vor allem durch die baskische Untergrundorganisation ETA vertreten - seit 2007 deutlich abgenommen. Aktuell belegt dieses Thema mit nur noch 2% Rang 10. Im Januar 2010, kurz vor der Befragung, wurde zudem Anklage gegen den ehemaligen Militärführer der ETA erhoben und es konnte eine ETA-Terrorzelle zerschlagen werden.



# Die Herausforderungen in Schweden 2010



... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind: (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2010: 1.000 Befragte

■ 2010



## Schweden – zentrale Ergebnisse (1)



- Das Königreich Schweden mit seinen gut 9 Millionen Einwohnern ist in diesem Jahr zum ersten Mal unter den untersuchten Ländern der „Challenges of Europe“. Platz 1 des schwedischen Sorgenrankings belegt aktuell die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** mit 36%. Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise haben den schwedischen Arbeitsmarkt vergleichsweise hart getroffen: Lag die Arbeitslosenquote 2008 noch bei 6,2%, so kletterte diese bis auf 9,1% im Januar 2010, fiel dann aber wieder auf 8,7% im März dieses Jahres. Die Erwerbslosigkeit verteilt sich dabei ungleich: Insbesondere Einwanderer und junge Menschen sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Demzufolge verwundert es nicht, dass sich die Besorgnis um die **Jugendarbeitslosigkeit** mit 5% unter den schwedischen Top Ten findet (Platz 8). Die traditionell hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Schweden ist laut jüngsten Statistiken 2009 nochmals dramatisch gestiegen und erreicht mit 25% den höchsten Wert seit Jahrzehnten. Laut OECD sind vor allem die unzureichende Qualität des schwedischen Bildungswesens, der starke Kündigungsschutz und hohe Einstiegsgehälter dafür verantwortlich, dass jungen Berufsanfängern der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wird.
- Zusätzlich zur Sorge um die Arbeitslosigkeit beunruhigt die Schweden die **wirtschaftliche Entwicklung** ihres Landes. 12% äußern sich besorgt über die Lage der nationalen Wirtschaft. Tatsächlich wurde die sehr stark exportorientierte Volkswirtschaft Schwedens in beträchtlichem Umfang von den Folgen der globalen Wirtschaftskrise getroffen. Wichtige exportabhängige Kernbranchen, unter anderem die Kfz-Industrie (Volvo und Scania) sowie die Informations- und Biotechnologie, erlebten massive Einbrüche. Auch der Privatkonsum sowie die Investitionstätigkeit ließen deutlich nach. Folglich ging die Wirtschaftsleistung 2009 zurück, und zwar um 5%. Die Prognosen für 2010 und 2011 deuten aber bereits auf ein Anziehen der Konjunktur hin.
- Auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung gilt Schweden als Vorreiter weltweit. Dank ambitionierter umweltpolitischer Ziele hatte Schweden 2006 den geringsten CO<sub>2</sub> -Ausstoß aller EU-Industriestaaten und zählt damit zu den saubersten Ländern der Welt. So gehören zehntausende Bioethanol-Fahrzeuge ebenso zum schwedischen Straßenbild wie Dörfer und Städte, die zu 100% aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Durch diese große Aufmerksamkeit überrascht es nicht, dass das Thema **Umweltschutz** auf Platz 2 landet und 13% der Bürger hier auch weiterhin Handlungsbedarf sehen. Die Regierung hat bereits weitere ehrgeizige Ziele angekündigt: So will Schweden als erstes Industrieland bis 2020 seine Energieversorgung völlig unabhängig vom Erdöl machen - auch durch den Bau neuer Atomkraftwerke.



## Schweden – zentrale Ergebnisse (2)



- Als problematisch nimmt die Bevölkerung auch die **Zuwanderung** bzw. **Integration** von Ausländern wahr. 7% der Schweden sehen diese Thematik als wichtige Herausforderung in ihrem Land, die damit Platz 4 belegt. In den 50er Jahren setzte in Schweden erstmals eine Einwanderungswelle aus Entwicklungsländern und den Nachbarstaaten ein. In sehr kurzer Zeit entwickelte sich Schweden zu einer multiethnischen Gesellschaft mit den großzügigsten Asylgesetzen in Europa. Heute haben ca. 12% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Die Integration der Einwanderer ist allerdings nur teilweise gelungen, denn laut Medienberichten ist die Arbeitslosigkeit und Kriminalität unter Migranten überdurchschnittlich hoch. Zudem gilt Stockholm als eine der ethnisch am stärksten segregierten Städte Europas. Inzwischen wurde die Einwanderungspolitik verschärft, woraufhin zwar die Zahl der Asylanträge 2009 um ein Drittel zurückgegangen ist, doch im Gegenzug die Zahl illegaler Einwanderer angestiegen ist.
- An fünfter Stelle steht die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Derzeit zeigen sich 6% der Befragten unzufrieden mit der gesundheitlichen Versorgung. Schweden verfügt über ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem mit einer staatlichen Bereitstellung von Gesundheitsleistungen vor allem im stationären Bereich. Sinkende Steuereinnahmen führen somit zu einer Verschlechterung der Versorgung im Krankenhaus. Zudem sind in Schweden zahlreiche Einrichtungen zentralisiert, um eine hohe Qualität zu gewährleisten, was aber teilweise lange Anfahrtswege für die Patienten und deren Angehörige zur Folge hat. In den letzten Jahren waren aber auch lange Wartezeiten bei Untersuchungen und Operationen ein Problem, das durch die 2005 eingeführte Behandlungsgarantie für Patienten bislang jedoch nur geringfügig verbessert werden konnte.
- Ein weiteres wichtiges Anliegen der Schweden, die **Bildungspolitik**, liegt mit 6% auf Platz 6 des Sorgenrankings. Nach dem Abrutschen des schwedischen Bildungssystems in der letzten PISA-Studie 2006 fordern die Bürger hier konkrete Maßnahmen von Seiten der Politik. Das bisherige Ziel, so viele Schüler wie möglich bis zur Hochschulreife zu führen, hatte offensichtlich Qualitätseinbußen zur Folge. Kritiker bemängeln beim 2-stufigen Schulsystem vor allem die zu große Freiheit bei der Wahl der Gymnasialfächer, das nachsichtige Benotungssystem sowie die mangelnde Disziplin im Unterricht. Zudem hat jeder fünfte schwedische Lehrer keine pädagogische Ausbildung. Die Regierung reagierte bereits 2008 mit einer Reform des Schulsystems und einem Entwurf für ein neues Schulgesetz, das 2011 in Kraft treten soll: Ein strengeres Benotungssystem, die Stärkung der Kernfächer und ein einheitliches Staatsexamen für Lehrer stehen dabei im Mittelpunkt.



# Wirtschaftsindikatoren im Überblick



Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren jedes Landes

Nation	Wachstumsrate BIP (real) (2009)	GfK Kaufkraft® (2009)**	Arbeitslosenquote ILO in % (2009)	Arbeitslosenquote ILO in % (2008)	Inflationsrate in % (2009)
Belgien	-2,9	17.380	7,9	7,0	-0,1
Deutschland	-5,0	18.946	7,5	7,3	0,4
Frankreich	-2,2	18.839	9,4	7,8	0,1
Italien	-4,7	15.628	7,8	6,8	0,8
Niederlande	-4,0	15.812	3,5	2,8	1,2
Österreich	-3,7	20.193	5,0	3,8	0,5
Polen	1,7	4.650	8,2	7,2	3,8
Russland	-7,9*	3.796	8,2*	7,7*	11,7
Schweden	-4,9	14.561	8,3	6,2	-0,3
Spanien	-3,6	13.115	18,1	11,4	-0,3
UK	-5,0	14.240	7,6	5,6	2,2
EU (27)	-4,2	13.921	8,9	7,0	1,0
	vgl. eurostat (Stand März 2010)	vgl. GfK GeoMarketing	vgl. OECD (Stand März 2010)	vgl. OECD	vgl. OECD

\*vgl. <http://russland.ahk.de>

\*\* Die GfK Kaufkraft® wird im kaufmännischen Sprachgebrauch als die Geldsumme definiert, die einem Wirtschaftssubjekt in einem bestimmten Zeitraum zur Verfügung steht. Vereinfacht kann die GfK Kaufkraft® als Summe aller Nettoeinkünfte bzw. als verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Region bezeichnet werden. Dieses Einkommen wird von den privaten Haushalten zum Teil für Konsumzwecke (Reisen, Ausgaben im Einzelhandel), zum Teil für die Miete, das Sparen und die Altersvorsorge verwendet.“